

Heike Amos
Die Westpolitik der SED
1948/49–1961

Heike Amos

Die Westpolitik der SED 1948/49 – 1961

„Arbeit nach Westdeutschland“
durch die Nationale Front,
das Ministerium für Auswärtige
Angelegenheiten und
das Ministerium für Staatssicherheit



Akademie Verlag

Die vorliegende Untersuchung wurde im Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer durchgeführt.

Abbildung auf dem Einband:
Kundgebung der Nationalen Front im Rahmen der „Deutsche-an-einen-Tisch-Bewegung“
in Ost-Berlin am 20. September 1951. Blick auf die Kundgebungsteilnehmer.
Signatur: Bundesarchiv, Bild 183/11948/2

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Amos Heike:

Die Westpolitik der SED 1948/49 – 1961 : „Arbeit nach Westdeutschland“
durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
und das Ministerium für Staatssicherheit / Heike Amos. – Berlin : Akad. Verl., 1999
ISBN 3-05-003446-7

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1999

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der R. Oldenbourg-Gruppe.

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN / ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Einbandgestaltung: Günter Schorcht, Schildow

Druck: GAM MEDIA, Berlin

Bindung: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

I.	Einleitung	7
II.	Beginn und Aufbau der Westarbeit 1948 bis Ende 1950	13
1.	Von der Volkskongreßbewegung zur Nationalen Front 1948/49	13
A.	Eine nationale Bewegung von „unten“	13
B.	Nationale Front – „was soll das sein?“	19
2.	Personeller und organisatorischer Aufbau des Westapparates	30
A.	Zentraler Parteiapparat der SED und Anfänge des Geheimdienstes	31
B.	Deutscher Volksrat und Nationale Front	39
C.	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA)	46
3.	„Gesamtdeutsche“ Aufgabenorientierung und ihre Umsetzung 1949/50	50
A.	Anlaufschwierigkeiten in Ost und West	50
B.	Propagandaflut und Instrukteur-Einsätze	60
C.	Die „Grotewohl-Initiative“ vom 30. November 1950	67
III.	Auf der Suche nach dem deutsch-deutschen Gespräch. Optionen in der „gesamtdeutschen Arbeit“ bis Ende 1953	77
1.	Randnotizen in der nationalen Politik	77
A.	Nauheimer Kreis	77
B.	Ein Zusammengehen mit „rechten Kreisen“?	83
2.	SED-Gesprächsangebote auf Spitzenebene 1951 und 1952	86
3.	Jeder „Adenauer-Gegner“ ein Partner in der Westarbeit?	96
A.	Carl Severing (SPD)	97
B.	Joseph Wirth und der Bund der Deutschen (BdD)	99
C.	Gustav Heinemann und die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)	107
4.	Alltagsarbeit der Nationalen Front	114
5.	Dauerkrise in der Westarbeit: Versuche der Gegensteuerung durch das Politbüro	124
A.	Organisations„wirrwarr“	124
B.	Die Spitzen der Blockparteien im Visier	127
C.	Der 17. Juni 1953 – und seine Folgen	134

6.	Die „bürgerlichen“ Minister Hamann und Dertinger als Kontaktpersonen nach Westdeutschland?	145
	A. Karl Hamann	147
	B. Georg Dertinger	159
7.	„Fragen der deutschen Wiedervereinigung“ als Aufgaben- feld im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten	173
IV.	Gesamtdeutsche Rhetorik – teilstaatliche Handlungsorientierung. Nationale Politik bis zum Konföderationsvorschlag der DDR 1957	188
1.	Deutschlandpolitische Großereignisse	188
	A. Berliner Außenminister- (1954) und Genfer Gipfel- konferenz (1955)	188
	B. Adenauers Moskaureise (1955)	196
2.	SED-Westarbeit mit den Blockparteien. Hineinwirken in die SPD und in die „bürgerlichen“ Parteien der Bundesrepublik	206
	A. DDR-Blockparteien und Massenorganisationen	206
	B. Sozialdemokratische Partei	215
	a) Die Parteispitze – Herbert Wehner	215
	b) Informationsfluß nach Ost-Berlin und SPD-Ostbüro	226
	C. „Bürgerliche“ Parteien: CDU und FDP	233
	a) „Deutscher Klub 1954“	234
	b) Die Professoren Hagemann und Wegner	242
	c) CDU- und FDP-Ostbüro, Exil-CDU	249
3.	Nationales Wirken auf eingefahrenen Bahnen: Ausschuß für Deutsche Einheit und Nationale Front	258
4.	Konföderationsvorschlag 1957	268
V.	Arbeit nach Westdeutschland als Politik zur Anerkennung der DDR 1958-1961	276
1.	Die Diskussion um die Rechtsnachfolge des Reiches	276
2.	Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim SED-Politbüro	289
3.	Neue Chancen bei der SPD – Deutschlandplan und Godesberg.....	297
4.	Deutsch-deutsches Treffen in Genf (Sommer 1959) und in Marburg (Januar 1961)	313
5.	Nach dem Bau der Mauer	326
VI.	Resümee	336
VII.	Organigramme:	351
	SED-gesteuerter Westapparat in der DDR Ende 1949	351
	SED-gesteuerter Westapparat in der DDR 1953/1954	352
	SED-gesteuerter Westapparat in der DDR 1956	353
	SED-gesteuerter Westapparat in der DDR 1959/1960	354
VIII.	Quellen und Literatur	355
IX.	Abkürzungen	387
X.	Personenregister	393

I. Einleitung

Die deutsche Teilung war ein Ergebnis der schon wenige Monate nach Kriegsende offenen zutage tretenden Differenzen der Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges. Das begrenzte Einvernehmen zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich einerseits sowie der Sowjetunion andererseits über die „Behandlung“ Deutschlands nach der von ihnen geforderten bedingungslosen Kapitulation ging rasch verloren. Die Einigkeit zerbrach am grundlegend unterschiedlichen Verständnis von Demokratisierung und Entnazifizierung der Deutschen. Auch konnte keine Einigung zwischen den Siegermächten über die Höhe und die Aufteilung der zu zahlenden Reparationen erzielt werden. Die östliche wie die westliche Seite behielten die im Mai 1945 gewonnenen Positionen bei, um zu verhindern, daß das ganze Deutschland der jeweils anderen Konfliktpartei zufiel. Vorstellungen und Interessen der Besiegten waren wenig gefragt, die deutsche Beteiligung am Spaltungsprozeß marginal, da die effektive politische Gewalt in den Händen der jeweiligen Besatzungsmacht lag.

Das Problem der nationalen Einheit, vor das sich die Deutschen nach 1945 gestellt sahen, war durch den von ihnen verschuldeten Krieg und die Niederlage bedingt. Der Erhalt der nationalen Einheit und, in Perspektive, die Wiedergewinnung der staatlichen Souveränität machten zunächst das nationale Problem aus. Für die Führungsspitze der deutschen Kommunisten, insbesondere für die aus der Moskauer Emigration zurückkehrenden Parteifunktionäre, war die nationale Politik nicht Selbstzweck, sondern wurde Mittel zu einem „höheren“ Zweck, der Schaffung eines neuen Deutschlands, einer „deutschen demokratischen Republik“. Die Politik der deutschen Kommunisten lief in die Richtung, ihre Macht auszubauen, um letztlich das sowjetisch-stalinistische Sozialismusmodell auf ganz Deutschland zu übertragen.

Das Maximalziel der westlichen Alliierten und der Sowjetunion bestand bald nach dem Ende des Krieges darin, ganz Deutschland in den jeweiligen Machtblock einzubeziehen sowie dessen sozioökonomisches und politisches System an die eigenen Wert- und Ordnungsvorstellungen anzugleichen. Doch diese Pläne konnte keine der Besatzungsmächte realisieren. Die Sowjetunion mußte sich – ebenso wie die USA, Großbritannien und Frankreich – damit begnügen, ihre politischen und ökonomischen Vorstellungen auf den von ihr okkupierten Teil Deutschlands zu übertragen. So restaurierte man in den drei Westzonen Deutschlands nach 1945 das kapitalistische Wirtschaftssystem weitgehend, führte eine parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat ein. Diese Entwicklung legitimierte die westdeutsche Bevölkerung in freien Wahlen. Der

Sowjetischen Besatzungszone hingegen wurden die zentralgesteuerte Staatswirtschaft und das politische Regime der stalinistischen Diktatur aufgezwungen. Die ostdeutsche Bevölkerung blieb weitgehend ohne freie Entscheidungsmöglichkeit.¹

Die „nationale Politik“ der ostdeutschen kommunistischen Führungselite, das heißt sowohl ihre Einstellung zu Fragen der staatlichen Einheit Deutschlands als auch ihre Handlungen, ist Untersuchungsgegenstand der nachfolgenden Studie. Dabei spielt zum einen die Zielsetzung der SED-Führung eine große Rolle: Welche konkreten Absichten standen hinter ihrer Westpolitik? Gab es Veränderungen in dieser Zielsetzung im Untersuchungszeitraum, wer bewirkte sie und wann fanden sie statt? Nachgegangen wird zum anderen der tatsächlichen Bündnispolitik der SED. Es interessieren sowohl ihre Überlegungen, mit welchen politischen Kräften in Ost und in West kooperiert werden sollte als auch die Frage, ob die propagierte Kooperation letztlich nur ein „Benutzen“ der nicht-kommunistischen politischen Kräfte war. Wie lange und gegebenenfalls welche Gruppen/Personen in der SED-Führung nahmen die staatliche Einheit noch als realistische Option wahr? Galt dieses Ziel auch für ein nicht-sozialistisches Deutschland ohne politischen Führungsanspruch der Kommunisten?

Alle Optionen in der nationalen Politik der SED sind nicht aus sich allein heraus zu verstehen. In entscheidendem Maße waren sie durch politische Rahmenbedingungen vorgegeben und begründet. Dabei war die sowjetische Deutschlandpolitik, die allerdings keine konstante Größe darstellte, die wichtigste Rahmenbedingung. Die Westpolitik der SED war in hohem Maße durch die sowjetische Seite fremdbestimmt. Andere Rahmenbedingungen wie die Folgen des Ausgangs des Krieges (Gebietsabtrennungen), die Beziehungen zwischen den Siegermächten, das militärische Kräfteverhältnis zwischen ihnen, die unterschiedliche Entwicklung in den vier Besatzungszonen und das wesentlich attraktivere Modell der ökonomischen und politischen Entwicklung im Westen Deutschlands waren im Vergleich zu den sowjetischen Vorgaben von untergeordneter Bedeutung. Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Prämissen untersucht die vorliegende Studie die Westarbeit der SED.²

Auch wenn die deutschlandpolitischen Zielsetzungen der sowjetischen Führung Rahmen und Grenzen aufzeigten, wird davon ausgegangen, daß die SED-Führung bei der Ausarbeitung und Realisierung ihrer Westpolitik in begrenztem Maße konzeptionelle Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten besaß. Diese Handlungsspielräume scheinen in den Zeiträumen einer relativen Stabilität der SED-Herrschaft im Osten Deutschlands (1951-1952 und ab 1957-1959) größer gewesen zu sein als in den Phasen einer angespannten innenpolitischen Situation in der DDR (1953, 1956 und 1961).³

Unter SED-Westarbeit soll die gesamte operative Umsetzung der west- und deutschlandpolitischen Ziele der SED-Führung zunächst in den westlichen Besatzungs-

1 Vgl. Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland, S. 1; Hermann Weber, Die DDR 1945-1990, S. 21 f.

2 Vgl. Wolfgang Pfeifer, S. 1967 ff.; Michael Lemke, Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld, S. 41 ff.

3 Vgl. Michael Lemke, Die Deutschlandpolitik der DDR zwischen Moskauer Oktroi und Bonner Sogwirkung, S. 181 f.

zonen, dann in der Bundesrepublik Deutschland verstanden werden. Der Begriff „Deutschlandpolitik“ war ein originär westlicher Terminus, der von der SED kaum bzw. nur in einigen offiziellen Dokumenten in den fünfziger Jahren verwendet wurde. Die SED/DDR selbst bezeichnete dieses Politikfeld als „Westarbeit“, „gesamtdeutsche Arbeit“⁴ oder „Arbeit nach Westdeutschland“. Die Westarbeit umfaßte die allgemeine Propaganda der SED in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Mit ihr unternahm die SED den Versuch, gezielt auf die öffentliche Meinung, auf Parteien und Organisationen der Bundesrepublik sowie auf westdeutsche Politiker, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, auf Journalisten und Wissenschaftler und auf andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in ihrem Sinne Einfluß zu nehmen.

Die SED schuf sich einen umfangreichen und zentralisierten Apparat für diese Westarbeit. Die Entscheidungsgewalt und die Hauptverantwortung dafür lag immer beim SED-Politbüro. Vom SED-Apparat gesteuert und in die Westarbeit einbezogen waren die DDR-Massenorganisationen, die Ministerien (insbesondere das Ministerium für Staatssicherheit) sowie andere staatliche Institutionen und alle Blockparteien.

Die vorliegende Studie konzentriert sich auf die Westpolitik des zentralen SED-Apparates – des Politbüros, des Sekretariats und der speziellen Westkommission des Politbüros bzw. der Westabteilung im Apparat des Zentralkomitees.⁵ Weitgehend ausgespart bleibt dabei das „KPD-Arbeitsbüro“. Die Einflußnahme der SED auf die KPD und ihre Wirkung in der Gesellschaft der Bundesrepublik sind ebenfalls nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

Eine weiterer Schwerpunkt liegt auf der Erforschung der Westarbeit der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA). Beide, die Nationale Front, die 1949 als gesamtdeutsche Bewegung zur „Rettung der deutschen Nation“ proklamiert wurde, und das DDR-Außenministerium entwickelten sich zum reinen Sprachrohr der SED-Westpolitik. Eigenständige Entscheidungen und Aktivitäten für die Westarbeit standen ihnen nicht zu.

Die geheimdienstliche Tätigkeit im Westen Deutschlands sowie die intensive Überwachung deutsch-deutscher Kontakte galten als eine Hauptaufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Die Westarbeit des MfS bildet damit einen weiteren Forschungsschwerpunkt der Studie. Das Staatssicherheitsministerium war fest in die SED-Machtstrukturen eingebunden, wengleich der Geheimdienst in der Westarbeit eine gewisse Eigenständigkeit besaß.

Die Erforschung der Westpolitik des zentralen SED-Apparates, der Nationalen Front und des Außenministeriums erforderte es, neben den inhaltlichen auch die personellen und strukturellen Aspekte mit einzubeziehen. Hingegen konnte die Westarbeit des Staatssicherheitsministeriums nur im Hinblick auf die inhaltliche Seite, d.h. auf konkrete Aktionen in und nach Westdeutschland, untersucht werden. Die Strukturen und

4 Der Begriff „gesamtdeutsche Arbeit“ verschwand seit Mitte der fünfziger Jahre mit der Verkündung der Zwei-Staaten-Theorie mehr und mehr aus dem DDR-Sprachgebrauch.

5 Die Westpolitik des SED-Westapparates wurde ausschließlich auf der zentralen Ebene untersucht. Die Arbeit der SED-Westabteilungen auf Länder-, dann auf Bezirks- und Kreisebene konnte nicht berücksichtigt werden.

die personelle Besetzung der Abteilungen des MfS für die Arbeit in Westdeutschland blieben ausgespart. Das lag in erster Linie an der begrenzten Zugänglichkeit zu Quellen über den Westapparat des MfS.

Die Darstellung des Themas folgt dem chronologischen Ablauf des historischen Geschehens. Neben der Einleitung und dem Resümee gliedert sich die Arbeit in vier umfangreiche Kapitel. Der Schwerpunkt der Erörterung der SED-Westpolitik liegt auf den Zeiträumen 1950 bis 1953 (Kapitel III) und 1954 bis 1957 (Kapitel IV). Die Zäsuren für die Kapitelgliederung bilden einschneidende Ereignisse und/oder Maßnahmen der Westarbeit, die z.T. mit deutschlandpolitischen bzw. für die DDR-Geschichte bestimmenden Entwicklungen zusammenfallen. In den einzelnen Kapiteln wird jeweils versucht, die gesamte Breite der SED-Westarbeit – von zentralen Aktivitäten der SED-Spitze über Einzelaktionen des Staatssicherheits- und Außenministeriums bis hin zu massenaktivierenden Propagandamaßnahmen der Nationalen Front – darzustellen.

Desiderat der historischen Forschung zur Westpolitik der DDR im Untersuchungszeitraum bleiben detaillierte Untersuchungen zur Westarbeit aller Blockparteien – CDU, LDPD, NDPD, DBD – und der Massenorganisationen sowie zum Wirken der Westabteilungen anderer Institutionen (z. B. des VdgB oder des Deutschen Friedenskomitees) und der Ministerien (z. B. Ministerium für Innerdeutschen und Außenhandel). Fast alle bisherigen Arbeiten zur Westarbeit beziehen sich auf die zentrale Ebene; das Wirken der Westabteilungen von Parteien und Organisationen auf Länder-, dann Bezirks- und Kreisebene ist noch nicht Gegenstand der Forschung gewesen. Studien über das Agieren und Reagieren auf SED-Aktionen von seiten der Bundesrepublik, z. B. durch das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen oder die Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, fehlen weitgehend.

Diese Arbeit zur SED-gesteuerten Westpolitik im Zeitraum von der Gründung der DDR 1949 bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 beruht zum großen Teil auf der Auswertung ungedruckter Quellen. Zu nennen sind an erster Stelle die Akten und Unterlagen des ehemaligen SED-Parteiarchivs, die heute von der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), Berlin, verwaltet werden. Besonders ergiebig für Erkenntnisse zur SED-Westarbeit waren aus diesem Archiv die Bestände von Politbüro und Sekretariat des ZK der SED, die Bestände „Arbeitsbüro Walter Ulbricht“ und „Arbeitsbüro Albert Norden“, der Bestand der ZK-Westabteilung und Westkommission der SED, die Nachlässe von Walter Ulbricht und Otto Grotewohl sowie der Bestand der Westabteilung des Nationalrats der Nationalen Front.⁶

Umfangreiches Quellenmaterial zum Thema wurde im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Außenstelle Berlin, Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, gesichtet. Ausgewertet wurden – soweit vorhanden und zugänglich – Personal- und Strukturunterlagen des DDR-Außenministeriums, die Bestände der jeweiligen Ministerbüros bzw. der Büros des Staatssekretärs und des Stellvertretenden Ministers, der gesamte Bestand der Protokolle und Unterlagen der wöchentlichen Leitungs- und Kol-

6 Die verwendeten Archivunterlagen befindet sich im Quellen- und Literaturverzeichnis der vorliegenden Studie.

legiumssitzungen des MfAA von 1949 bis 1961 sowie die Sachakten, die im Aktentitel die Begriffe „Wiedervereinigung“, „Deutsche Frage“ bzw. „Spaltung Deutschlands und Friedensvertrag“ auswiesen.⁷

Aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU; „Gauck-Behörde“), Berlin, wurden überwiegend MfS-Unterlagen der Kategorie „Sachakten mit operativem Charakter“ (Akten zu Einzelvorgängen) und „Personenbezogene Operativ- und Untersuchungsvorgänge“ eingesehen. Letztere Unterlagen enthielten neben den Ermittlungsakten des Untersuchungsvorgangs der Staatssicherheit auch die entsprechenden Justizunterlagen, d.h. Anklageschriften, andere Dokumente der Staatsanwaltschaft, Gerichtsprotokolle und Strafurteile.⁸

Quellenpublikationen zur SED-Westarbeit gibt es bisher kaum. Für die Westpolitik der SED der fünfziger Jahre wären die von Rolf Badstübner und Wilfried Loth herausgegebene Dokumentation „Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953“ und – mit qualitativen Abstrichen – die Dokumentation von Michael Hermes und Karla Popp „Westarbeit der FDJ 1946-1989“ zu nennen.

Hilfreich und ergiebig für die Erarbeitung der Thematik waren aus dem Bereich der wissenschaftlichen Literatur die verschiedenen Arbeiten von Michael Lemke, die Artikel und Monographien von Michael Kubina und Jochen Stadt sowie eine Reihe von Publikationen der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Die Studie wurde im Zeitraum von Mai 1996 bis Oktober 1998 am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer angefertigt. Für die aufgeschlossene Atmosphäre und die stetige Unterstützung gilt mein Dank allen Kolleginnen und Kollegen des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, der Hochschule für Verwaltungswissenschaften und vor allem der Hochschulbibliothek in Speyer. Für die computertechnische Unterstützung danke ich Frau Wera Veith-Joncic.

Zu Dank verpflichtet bin ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Archive und Bibliotheken in Berlin, die stets sehr hilfsbereit bei der Beschaffung von Unterlagen und Kopien für meine Arbeit waren. Bedanken möchte ich mich insbesondere bei Frau Christiane Rothärmel, „meiner Sachbearbeiterin“ für die Unterlagen aus dem Archiv der Gauck-Behörde.

7 Für den Zugang zu den Unterlagen des DDR-Außenministeriums ergibt sich die Schwierigkeit, daß keine Findbücher oder Findkarteien, sondern „nur“ Aktenpläne mit Haupt- und Ländergruppenverzeichnissen existieren. Nicht berücksichtigt wurden z. B. die Botschafterberichte, die für den Zeitraum ab Beginn der sechziger Jahre unverzichtbar für die Erforschung der SED-Westarbeit sein dürften.

8 Auch für das Archiv des BStU gilt, daß dem Wissenschaftler keine Findhilfsmittel zur Verfügung stehen. Nach einer mindestens einjährigen Antragsfrist zur Einsicht von Unterlagen des ehemaligen MfS zu einem konkreten Thema muß sich der Benutzer auf die von einem Sachbearbeiter zusammengestellten und -gesuchten archivalischen Quellen verlassen.

Für die genaue und kritische Durchsicht meines gesamten Manuskripts möchte ich Frau Dr. Kornelia Lobmeier, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig des Hauses der Geschichte, meinen Dank aussprechen.

Ganz besonderer Dank gilt Herrn Universitätsprofessor Dr. Rudolf Morsey, meinem wissenschaftlichen Betreuer am Forschungsinstitut, der mit vielen Anregungen, Gesprächen und einer Durchsicht des Manuskripts die Entstehung und Fertigstellung dieser Studie begleitet hat.

Speyer, im Dezember 1998

Heike Amos

II. Beginn und Aufbau der Westarbeit 1948 bis Ende 1950

1. Von der Volkskongreßbewegung zur Nationalen Front 1948/1949

A. Eine nationale Bewegung von „unten“

Seit 1945 hatte es immer wieder Initiativen zur Bildung gesamtdeutscher Gremien gegeben. Sie waren zunächst von den Liberaldemokraten (LDP) in Berlin ausgegangen, die den vier Alliierten bereits 1945 vorschlugen, einen deutschen „Generalbevollmächtigten“ als Verbindungsmann zwischen den in Potsdam verabredeten (und dann auf französischen Widerspruch nicht zustande gekommenen) deutschen Zentralverwaltungen einzusetzen oder eine „Kontrollkommission der Parteien“ zu installieren. 1946 trat die LDP für einen „Deutschen Zonenrat“ ein, und ein Jahr später votierte sie für die Bildung eines Ausschusses, bestehend aus den Führern aller deutschen Parteien, der als Sachverständigen-Gremium den Außenministern der Vier Mächte auf der Moskauer Konferenz (März/April 1947) zur Verfügung stehen sollte.¹

Eine „Nationale Repräsentation“ aus Vertretern aller deutschen Länderparlamente, die die gesamtdeutschen Interessen gegenüber den Besatzungsmächten vertreten sollte², war ein Plan der Ost-CDU. Er scheiterte am Veto Frankreichs im Alliierten Kontrollrat und an der Weigerung der SPD, mit der zwangsweise vereinigten SED und der Nichtwiederzulassung der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zusammenzuarbeiten.³ Die Liberalen und Christdemokraten in den Westzonen hatten diese Anregungen zur Schaffung gesamtdeutscher Gremien stets begrüßt; die CDU der drei westlichen Zonen und die der Ostzone – seit Februar 1947 mit der CSU zonenübergreifend in der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU zusammengefaßt⁴ – war, seit Januar bzw. März 1947, besonders für die Idee der „Nationalen Repräsentation“ eingetreten.⁵

1 Vgl. Dietrich *Staritz*, S. 18.

2 Vgl. Michael *Richter*, *Die Ost-CDU 1948-1952*, S. 34, 45, 61 ff.

3 Vgl. Otmar *Jung*, S. 189 f.; Michael *Richter*, *Entstehung und Transformation des Parteiensystems in der SBZ und Berlin 1945-1950*, S. 2536 ff.

4 Die CDU-Ost gehörte nur bis August 1947 der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU an.

5 Vgl. Werner *Conze*, S. 123 f., 133-149.

Andere Initiativen wie die Konferenz der Ministerpräsidenten in München (5. bis 8. Juni 1947) oder die Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften⁶ (z. B. die Interzonenkonferenz im Mai 1947 in Garmisch-Partenkirchen) zeigten die Schwierigkeiten deutscher Delegationen aus den vier Besatzungszonen, gemeinsame deutsche Interessen zu formulieren. Keiner der von ihnen entwickelten Pläne konnte realisiert werden. Doch in allen Diskussionen war deutlich geworden, daß die Einheit Deutschlands für alle Parteien in Ost und West ein Thema von hohem Rang war.

Die Schaffung der Bizone (Januar 1947), die Verkündung der Truman-Doktrin (März 1947) und die geplante Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan (Sommer 1947) einerseits sowie die Durchführung der Bodenreform bzw. des Volksentscheids in Sachsen (September 1945/Juni 1946), die Gründung der SED (April 1946) und die Schaffung der Deutschen Wirtschaftskommission in der SBZ (Juni 1947) andererseits verdeutlichten die Tendenz zur separaten Entwicklung in den Westzonen und in der Ostzone. Begleitet wurde dies durch die Kompromißunfähigkeit der Sowjetunion und der USA auf den Außenministerkonferenzen und im Alliierten Kontrollrat in Berlin.⁷ Die Londoner Außenministerkonferenz im November/Dezember 1947 erschien in dieser Situation als eine entscheidende Station für die immer geringer werdende Chance einer gesamtdeutschen Lösung.

Zwei Wochen vor Konferenzbeginn, am 12./13. November 1947, trat der Parteivorstand der SED in Berlin zusammen und zog eine negative Bilanz über die bisherigen Versuche zur Bildung einer nationalen Repräsentation. Im „Manifest an das deutsche Volk zur Londoner Konferenz“ vom 13. November 1947⁸ hielt der SED-Parteivorstand seine deutschlandpolitischen Vorstellungen fest: Grundbedingung für den friedlichen Aufbau eines demokratischen Deutschland sollte die Entnazifizierung des öffentlichen Lebens und die Enteignung der Großgrundbesitzer und Monopolisten gleich dem Vorbild der Entwicklung in der SBZ sein. Hinzu kam die strikte Ablehnung des Marshallplans. Aber die SED-Prinzipien hatten sich als nicht kompromißfähig erwiesen. Die immer wieder bekundete Bereitschaft der SED-Spitzenfunktionäre, mit den anderen Parteien in Ost und West zur Bildung einer nationalen Repräsentation zusammenzukommen, erwies sich angesichts der einseitigen Orientierung des Manifests an der Entwicklung in der SBZ als eine rhetorische Pflichtübung.⁹

Nachdem die Versuche gescheitert waren, auf die eine oder andere Weise über Vertreter der Länderparlamente bzw. der Parteien, sozusagen „von oben“, eine gesamtdeutsche Verständigung zustandezubringen, unternahm die SED den Versuch, mittels einer „Massenmobilisierung“ in Ost und West, also einer „Volksbewegung von unten“, die Einheit Deutschlands zu erzwingen. Die SED-Führung begann die Unterstützung breiter

6 Vgl. Albert Behrendt, *passim*; Werner Petschick, S. 74-88.

7 Vgl. Manfred Koch, S. 349.

8 Vgl. das Manifest in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, S. 241-243.

9 Vgl. Pressemitteilung des SED-ZS am 16. Oktober 1947: in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2.1/140/Bl. 3; Rolf Badstübner, Die sowjetische Deutschlandpolitik im Lichte neuer Quellen, S. 123.

Bevölkerungskreise für ihre nationalen Ziele zu suchen.¹⁰ Ihr kam es vor allem darauf an, neben den Parteien auch die Massenorganisationen der SBZ für die Unterstützung ihrer deutschlandpolitischen Vorstellungen zu gewinnen. In ihrem Einflußbereich war sie beim DFD, bei der FDJ, beim FDGB, dem Kulturbund und der VdGB erfolgreich. Aber auch konzentrierte Propagandaaktionen in den Betrieben und auf öffentlichen Versammlungen erzielten einen gewissen Erfolg. Die generalstabsmäßig geplante Aktion eines „Volksentscheids“, „daß der Wille nach deutscher Einheit eine Forderung des ganzen deutschen Volkes ist“, brachte Mitte November 1947 ein Ergebnis von 93,8 Prozent an Zustimmung.¹¹

Da die Ost-CDU unter Jakob Kaiser mit dem Blick auf die ablehnende Haltung der CDU in den Westzonen die Beteiligung an der Volkskongreßbewegung als einer auf Gesamtdeutschland zielenden Initiative ablehnte, rief die SED allein (und nicht, wie vordem geplant, als Aufruf des „antifaschistisch-demokratischen Blocks“¹²) am 24. November 1947 zur Einberufung eines gesamtdeutschen Volkskongresses am 6./7. Dezember 1947 unter der Losung „Für einen gerechten Frieden“ auf. Einladungen dazu sollten an alle Parteien, Massenorganisationen, Betriebe und an Einzelpersonlichkeiten in ganz Deutschland gerichtet werden.¹³

Das von der SED favorisierte Organisationskonzept des Volkskongresses, zur Mobilisierung des ganzen Volkes auch die Massenorganisationen einzubeziehen, wurde zunächst von der CDU-Ost und teilweise von der LDP abgelehnt. Dem Volkskongreß fehlte die breite Zustimmung in der SBZ. Der SED-Alleingang führte zu einer Krise in der Zusammenarbeit mit den anderen Blockparteien. In den westlichen Besatzungszonen stieß die Bewegung größtenteils auf Ablehnung.¹⁴

In Niedersachsen, in Vegesack bei Bremen, tagte am 17. und 18. Januar 1948 einer der wenigen Landes-Volkskongresse in den Westzonen. Otto Grotewohl (SED) und Otto Nuschke (CDU) traten dort als Referenten auf. Das SED-Zentralsekretariat bewerteten den Kongreß als vollen politischen Erfolg.¹⁵ Weitere geplante Volkskongresse in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Hessen-Frankfurt, Bayern und Rheinland-Pfalz wurden von der britischen bzw. der amerikanischen Militärregierung verboten. Dessen ungeachtet setzte die SED ihre Bemühungen um die Volkskongreß-

10 Vgl. Klaus *Bender*, S. 96 ff.

11 Vgl. ebenda, S. 99-106.

12 Die vier Parteien der SBZ (KPD, SPD, CDU, LDP) schlossen sich im Juli 1945 zur „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (sog. Antifa-Block) zusammen, um eine gemeinsame Politik der Entnazifizierung, der Demokratisierung, des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands usw. durchzusetzen. Beschlüsse des Blocks konnten gemäß der Geschäftsordnung nur einstimmig gefaßt werden. Da die CDU ihre Zustimmung zum Aufruf einer Volkskongreßbewegung verweigerte, konnte der Aufruf nicht durch den Block, für die Öffentlichkeit eine politisch wirksamere Form, erfolgen. Die SED war gezwungen, alleine zum Volkskongreß aufzurufen. Vgl. Dietrich *Staritz*, S. 19.

13 Vgl. Beschlußprotokoll ZS-Sitzung vom 24. November 1947; in SAPMO-BA DY 30 IV 2/2. 1/147.

14 Vgl. Manfred *Koch*, S. 350; Otmar *Jung*, S. 201 f.

15 Vgl. Bericht des ZS an den PV vom 11. Februar 1948, in: SAPMO-BA NY 4036/656/Bl. 33.

bewegung fort. In den Ländern der SBZ fanden zwischen dem 1. und 2. Volkskongreß Landesvolkskongresse statt.¹⁶

Trotz der vielfältigen Initiativen von seiten der SED erreichte der 1. Deutsche Volkskongreß vom 6./7. Dezember 1947 in Berlin sein Hauptziel, für die Erhaltung der Einheit Deutschlands an der Seite der Sowjetunion zu wirken, nicht. Die politische Isolation der SED konnte nicht aufgebrochen werden. Obwohl der Fehlschlag offensichtlich war, dachte man in Ost-Berlin nicht daran, die Volkskongreßbewegung auslaufen zu lassen, sondern organisierte nach gleichem Modus den 2. Deutschen Volkskongreß am 17./18. März 1948 – bewußt an die deutsche Tradition vom März 1848 anknüpfend.¹⁷

Neben den bekannten Forderungen nach der Bildung gesamtdeutscher Zentralverwaltungen in Berlin, der „Übergabe der deutschen Wirtschaft an die Organe des deutschen Volkes“, der Bodenreform auch in den Westzonen, der Auflösung des Wirtschaftsrates der Bizone usw. bestimmte der 2. Deutsche Volkskongreß einen „Deutschen Volksrat“ aus 400 Abgeordneten. Er erhielt den Auftrag, ein Volksbegehren zur Durchführung einer Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands abzuhalten. Das brachte in der Zeit vom 23. Mai bis 13. Juni 1948 zwar 13 Millionen Stimmen Zustimmung, davon 1 Million aus der britischen Zone – in den anderen beiden westlichen Zonen wurde das Volksbegehren verboten. Es blieb aber wirkungslos, da es im Juni 1948 keine alliierte Behörde mehr gab, die eine Volksbefragung für Deutschland hätte anordnen können. Der Alliierte Kontrollrat in Berlin hatte bereits im März 1948 mit dem Rückzug der sowjetischen Vertreter seine Arbeit eingestellt.

Mit der Wahl des Deutschen Volksrates bekam die Volkskongreßbewegung eine feste Organisationsform, die eine parlamentarische Tradition suggerierte. Der Volksrat wählte ein Präsidium und bildete sieben Ausschüsse. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehörte die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes für (ganz) Deutschland.

Der Beschluß über die Durchführung des Volksbegehrens in allen Zonen war ein letzter Versuch, aus der SBZ heraus noch einmal Einfluß auf ganz Deutschland zu nehmen. Um die Bevölkerung der Ostzone für das geplante Volksbegehren zu organisieren und zu mobilisieren, wurden zwischen dem 1. und 2. Volkskongreß (Dezember 1947 und März 1948) in Betrieben, Wohngebieten, Fabriken, Schulen, Universitäten und kommunalen Verwaltungen ca. 5.000 Landes- und Kreisausschüsse in Form von

16 So z. B. am 24. Januar in Halle; am 22. Februar 1948 in Berlin; am 1. März in Dresden; am 5. März in Weimar; am 7. März in Potsdam. Vgl. Bericht des ZS an den PV vom 11. Februar 1948, in: SAPMO-BA NY 4036/656/Bl. 34.

17 Noch zehn Tage vor Beginn des 2. Volkskongresses lehnte die SED-Spitze unter W. Pieck einen erneuten Antrag der Ost-CDU, vorgebracht von Otto Nuschkes, ab. Der hatte gefordert, in den Landtagen der Länder aller vier Besatzungszonen Delegierte für eine gesamtdeutsche Vertretung zu wählen. Dieser Vorschlag kam ursprünglich von der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU in den Westzonen (27. Februar 1948). Pieck begründete die Ablehnung damit, daß er darin ein bloßes politisches Manöver der Westseite sehe, den Plan eines „Deutschen Volkskongreß für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden“ durchkreuzen zu wollen. Die Ablehnung der SED-Spitze sollte „streng vertraulich“ behandelt und nicht öffentlich werden. Vgl. Sitzung des ZS der SED vom 6. März 1948, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2.1/178/Bl. 1-3.

„Volksausschüssen für Einheit und gerechten Frieden“ gebildet; ihre Zahl erhöhte sich auf rund 11.000 bis Juni 1948.¹⁸

Im Oktober 1948 legte der Verfassungsausschuß des Volksrats seinen Verfassungsentwurf vor, der sich in wesentlichen Punkten an den SED-Entwurf für die Länderverfassungen von Ende 1946 anlehnte. Eine Wiedervereinigung wurde darin nicht explizit erwähnt. Vielmehr erweckte der Entwurf den Eindruck, als ob sich das deutsche Volk in allen Zonen diese Verfassung gegeben hätte.¹⁹ So sollten einerseits die nationale Propaganda unterstützt, andererseits aber die institutionellen und legitimatorischen Voraussetzungen für einen ostdeutschen Separatstaat geschaffen werden.

Beim Ersten Deutschen Volksrat konstituierten sich im Juli 1948 Arbeitsgemeinschaften²⁰, darunter auch die „Arbeitsgemeinschaft West“²¹. Erich W. Gniffke, Mitglied des SED-Zentralsekretariats und Vorsitzender des Sekretariats des Deutschen Volksrates, leitete die erste Sitzung der „Arbeitsgemeinschaft West“ am 1. Juli 1948.

Vor dem Hintergrund des seit dem 1. September 1948 in Bonn tagenden Parlamentarischen Rates („Londoner Empfehlungen“, Übergabe der „Frankfurter Dokumente“ an die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder, Verfassungskonvent in Herrenchiemsee) und unter dem Eindruck der Berlin-Blockade (Juni 1948 bis Mai 1949) diskutierten Ende September 1948 ca. 60 Mitglieder des Deutschen Volksrates aus den westlichen Besatzungszonen in Kassel die Aufgaben und Ziele ihrer „Arbeitsgemeinschaft West“. Die sahen sie in der Mobilisierung der Bevölkerung der Westzonen, die „zu einem klaren Nein bei einer eventuellen Abstimmung über die westdeutsche Verfassung“ motiviert werden sollte.²²

Die „Arbeitsgemeinschaft West“ organisierte den Kontakt und den Informationsfluß zwischen dem Deutschen Volksrat in Ost-Berlin und den „Ausschüssen für Einheit und gerechten Frieden“ in den drei Westzonen. Im Sommer 1948 berichtete Hannes Ewald (KPD und Vorsitzender des Ausschusses Nord-Westfalen der „Freunde der Deutschen Einheit und eines gerechten Friedens“) aus Münster kritisch, aber noch voller Optimismus nach Berlin an Gniffke: „... Nachdem die Volkskongreßbewegung, dank der beharrlichen Hetzpropaganda der Westpresse, nur schrittweise, teils gar nicht, vorangekommen ist, haben Währungsreform, Absperrung der Zonengrenzen und Vorbereitung des Weststaates auch weiteren Bevölkerungskreisen die Einsicht vermittelt, daß ent-

18 Vgl. Von der Volkskongreßbewegung zur Nationalen Front, Mai 1950, in: SAPMO-BA NY 4074/197.

19 Vgl. „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik, Beschluß einer außerordentlichen Tagung des PV der SED“, in: Tägliche Rundschau vom 17. November 1946 und Erste Landesverfassung der SED – rekonstruierte Fassung der zentralen Mustervorlage, in: Gerhard Braas, S. 427-436; Verfassungsdiskussion auf der 5. Tagung des Deutschen Volksrats vom 22.-24. Oktober 1948 und „Entwurf einer Verfassung für die deutsche demokratische Republik“, in: Deutscher Volksrat. Informationsdienst, Heft 6, 1948. S. 3-39.

20 Vgl. Deutscher Volksrat. Informationsdienst, Heft 2, 1948.

21 Sie wurde auch bezeichnet als „Arbeitsgemeinschaft der Westzonendelegierten“.

22 Vgl. Bericht der Konferenz der westdeutschen Mitglieder des Deutschen Volksrates in Kassel, 25. September 1948, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 0494.

schiedene politische Aktionen zur Herbeiführung der deutschen Einheit das dringendste derzeitige politische Anliegen ist; eine jetzt einsetzende verstärkte Aufklärungsaktion über die Volkskongreßbewegung böte Aussichten, den ständigen Ausschüssen [„Freunde der Deutschen Einheit“] eine Massenbasis zu verschaffen.“²³

Zur Aktivierung der Arbeit der Volkskongreßausschüsse versuchten die der Zonen- grenze nahen Kreis- und Kreisausschüsse der SBZ, Verbindungen mit westdeutschen Ausschüssen für „Einheit und gerechten Frieden“ aufzunehmen. So trafen sich z. B. im Dezember 1948 der Schönberger (Mecklenburg) und der Lübecker Kreis- und Kreisausschuß der Volkskongreßbewegung in Lübeck zu einer Art „Vereinigungssitzung“. Bedauert wurde, daß außer SED-, KPD-Mitgliedern und Parteilosen kein CDU- oder LDP-Mitglied aus der SBZ den Weg nach Lübeck gefunden habe. Die britische Militärregierung verweigerte der Volkskongreßbewegung in Lübeck und anderswo die Lizenz zur politischen Betätigung, und daher war die Volkskongreßbewegung an eine der zugelassenen Parteien gebunden. Bisher hatte sich nur die KPD als Lizenzträger gefunden. Aber gerade diese Abhängigkeit machte die größten Probleme. Die Lübecker Ausschußmitglieder gaben zu bedenken, daß sie durch die Anbindung an die KPD die gleiche Ablehnung bei den breiten Massen der Bevölkerung erfahren wie die Kommunistische Partei. Ein weiteres Problem beim Aufbau der Volkskongreß-Organisation sahen die Lübecker Ausschußmitglieder in der Beschaffung benötigter Finanzen. Der Verkauf von SED-Propaganda- schriften brachte bei weitem nicht das nötige Geld.²⁴

Zum Publikationsorgan der Volkskongreßbewegung in der Sowjetischen Besatzungszone wurden die Wochenzeitung „Deutschlands Stimme. Wochenblatt der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ und der „Informationsdienst“²⁵. Für die Herausgabe dieser Schriften gründete das SED-Zentralsekretariat im Sommer 1948 eigens den „Kongreß-Verlag“ in Berlin.²⁶ Als Herausgeber von „Deutschlands Stimme“ zeichneten das Mitglied des SED-Zentralsekretariats Erich W. Gniffke, der LDP-Politiker Arthur Lieutenant und der CDU-Politiker Luitpold Steidle verantwortlich. Chefredakteur und damit zuständig für die inhaltliche Gestaltung des Blattes wurde der SED-Publizist Albert Norden. 1948 erschienen im Kongreß-Verlag bereits 17 Mono-

23 Ewald an Gniffke vom 22. Juli 1948, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 0494; vgl. auch Brief aus Münster an Gniffke von den „Freunden der Deutschen Einheit“ vom 31. Mai 1948; Brief Ewalds an Gniffke vom 3. Juli 1948; Sitzung der AG West am 21. Oktober 1948, alle in: ebenda.

24 Vgl. Bericht über die vereinigte Sitzung des Lübecker und Schönberger Kreis- und Kreisausschusses für Einheit und gerechten Frieden am 7. Dezember 1948, in: ebenda; vgl. auch: „An alle Deutschen in Schleswig-Holstein: machtvolle Grenzland-Kundgebung am Sonntag, den 3. Oktober 1948 in Flensburg“, in: Deutschlands Stimme, Sondernummer Oktober 1948, S. 1.

25 Erste Ausgabe der Wochenzeitung „Deutschlands Stimme“ vom 4. Januar 1948; Erste Ausgaben des Informationsdienstes im Juli 1948. Ab dem 24. Februar 1950 erschien Deutschlands Stimme als „Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ zwei Mal monatlich; ab Dezember 1953 als „Stimme des Patrioten. Organ für die Mitarbeiter der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ und ab 1. Januar 1960 als „Die Stimme“. Die Ausgabe kostete jeweils 20 Pfennige.

26 Der Kongreß-Verlag bestand von 1948 bis 1962. In diesen Jahren gab der Verlag über 380 Titel, Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Bücher, heraus. Vgl. Irina Gast, S. 5 ff.

graphien, die aktuelle deutsch-deutsche Probleme ansprachen.²⁷ Die SMAD-Führung bewilligte für die Zeitung „Deutschlands Stimme“ eine Auflagenhöhe von einer Million Exemplare; sie zählte damit zu den auflagenstärksten regelmäßig erscheinenden Publikationen in ganz Deutschland.²⁸

Der Erste Deutsche Volksrat tagte von März 1948 bis zu den „Wahlen“ des 3. Deutschen Volkskongresses sechs Mal: im März, Mai, Juli, August, Oktober 1948 und dann erst wieder am 18./19. März 1949. Die Mitglieder des Volksrates beschäftigten sich in ihren Sitzungen mit defensiven deutschlandpolitischen Maßnahmen wie Protesterklärungen zu den „Londoner Empfehlungen“ oder Aufrufen gegen „Weststaatsgründung und Westwährung“.²⁹ Auch wurden die Beratungen zur Verfassung einer „deutschen demokratischen Republik“ vorangetrieben – immer mit dem Blick auf die Ereignisse in den Westzonen.³⁰

B. Nationale Front – „was soll das sein?“

Im Sommer 1948, nach dem 2. Deutschen Volkskongreß, tauchten in politischen Gesprächen zwischen den SMAD-Vertretern und der SED-Spitze eine Idee auf, die mit der Volkskongreßbewegung in Konkurrenz treten sollte: die „Nationale Front“ (NF). Mit dem Begriff und der Bewegung der Nationalen Front deutete sich eine Ablösung der offenbar als verbraucht angesehenen Rhetorik von der Volkskongreßbewegung an. Ein gesamtdeutscher Anspruch sollte sich bei schwindenden Erfolgsaussichten mit der Nationalen Front noch kämpferischer artikulieren lassen.

Um die bürgerlichen Schichten anzusprechen und vielleicht auch zu gewinnen, hatten die KPD und dann die SED nach 1945 eine stark national gefärbte Propaganda betrieben. Die Kommunisten artikulierten seit dem Ende des Krieges, daß sie den Fehler

27 Z. B. Johannes Dieckmann, Die gegenwärtigen Länderverfassungen in Deutschland vergleichend betrachtet, 1948; Ein offenes Wort zur deutschen Frage. Drei Wochen Vorbereitung für einen deutschen Volkskongreß in Bayern, 1948. Vgl. Irina Gast, S. 22-25.

28 Vgl. Klaus Bender, S. 181. Ab Dezember 1953 bis Dezember 1959 hieß die Zeitung dann „Stimme des Patrioten. Organ für die Mitarbeiter der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“. Ab Dezember 1953 erschien das „Funktionärsorgan“ zwei Mal im Monat in einer Auflagenhöhe von 100.000 Exemplaren. Vgl. SED-Sekretariatssitzung vom 4. November 1953, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/3/405.

29 Vgl. Von der Volkskongreßbewegung zur NF, Mai 1950, in: SAPMO-BA NY 4074/197/Bl. 7-9; Entschließung des Deutschen Volksrats zur Forderung eines demokratischen Friedens für Deutschland am 23. Oktober 1948 oder Erklärung des Friedensausschusses des Deutschen Volksrats zur Berliner Frage vom 30. Oktober 1948, in: Deutscher Volksrat. Informationsdienst, Heft 7, 1948, S. 14, 39.

30 Vgl. Richtlinien für die Verfassung einer „deutschen demokratischen Republik“ gutgeheißen (August 1948); Verfassungsdiskussion im Volksrat vom 22. bis 24. Oktober 1948; Begründung, Diskussion und Abstimmung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik am 19. März 1949, in: Deutscher Volksrat. Informationsdienst, Heft 6, 1948, S. 3-23 und Heft 1, 1949, S. 3-26.

einer Unterschätzung der „nationalen Frage“ nicht wiederholen würden. Begriffe wie „Nation“, „Patriotismus“ und „Vaterlandsliebe“ würden zu ihrem neuen Vokabular gehören. Der deutsche Nationalismus, der sich in den zwanziger und dreißiger Jahren gegen die Kommunisten gewandt hatte, sollte im künftigen Deutschland ihr sprachliches Instrument werden.³¹ Für die deutschen Kommunisten bedeutete der Wechsel in Ideologie und Sprache vom „proletarischen Internationalismus“, dem „Proletarier aller Länder vereinigt euch“, zu „Nation“ und „wahrem deutschen Nationalismus“ eine Kehrtwendung von 180 Grad – die sie ohne viel Widerspruch mitmachten.

Begriff und Inhalt der Nationalen Front erinnerten an politische Programme und Aktionen aus der kommunistischen Bewegung der jüngsten Vergangenheit: ob Einheitsfront- oder Volksfrontpolitik (1935/1936); Nationalkomitee Freies Deutschland (1943) oder „Antifa-Block“ (Juli 1945) – sie kamen aus einer gleichen Denk- und Sprachtradition. Suggestiert wurde mit den Begriffen und Organisationsformen ein Zusammenfassen oder Zusammengehen von verschiedenen politischen Gruppen zur Erreichung eines in Teilen der demokratischen Öffentlichkeit scheinbar positiv besetzten politischen Ziels. Ob es seit Mitte der dreißiger Jahre um den auf kommunistische Initiative zurückgehenden Versuch ging, zwischen beiden Arbeiterparteien (KPD und SPD) bzw. zwischen bürgerlichen Linken, Sozialdemokraten und Kommunisten eine Koalition gegen die NS-Herrschaft zustande zu bringen (Einheits-, Volksfront)³² oder um das (seit 1943) Zusammenfassen deutscher kommunistischer Emigranten und Kriegsgefangener in der Sowjetunion, die zum Widerstand gegen Hitler und zur Beendigung des Krieges aufriefen³³ (NKFD), oder aber um das politische Konzept der Moskauer KPD-Führung, eine „parteübergreifende [KPD, SPD, CDU, LDP] nationale Bewegung der demokratischen Erneuerung“ (Antifa-Block), seit Juni 1945 umgesetzt³⁴, aufzubauen – letztlich beinhalteten diese Versuche das Bestreben der Kommunisten, unter Verschleierung ihrer Hegemonieansprüche mit Hilfe dieser Bewegungen oder Organisationen an die politische Macht zu gelangen.

Zum ersten Mal tauchte der Begriff der „Nationalen Front“ am 10. Juni 1948 in einer Besprechung zwischen Wilhelm Pieck, dem Vorsitzenden der SED, und Wladimir S. Semjonow, dem Politischen Berater der SMAD, auf.³⁵ Die sowjetische Seite prägte Begriff und Inhalt, die Bezeichnung „Nationale Front“ kam wahrscheinlich von Stalin selbst.³⁶

31 Vgl. Carola Stern, Ulbricht, S. 215.

32 Vgl. Konrad Fuchs, Heribert Raab, S. 847.

33 Vgl. ebenda, S. 544.

34 Vgl. So funktionierte die DDR, Bd. 1, S. 123.

35 Vgl. Besprechung mit Semjonow, in: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 233.

36 „Um den Widerstand und den Kampf gegen diese [Deutschlandpolitik] der Westmächte zu verbreitern und zu vertiefen, ist der Vorschlag auf Schaffung der Nationalen Front entstanden, für den wir die Anregung vom Genossen St.[alin] erhielten. Wir fanden mit diesem Vorschlag zunächst kein rechtes Verständnis bei den bürgerlichen Parteien, mit denen wir im Block und im Volksrat zusammenarbeiten.“ Verschwiegen wurde, daß auch der SED zunächst das Verständnis

Durch die Vorgaben der Sowjetführung auf den verstärkten Klassenkampf in der SBZ, auf die forcierte Stalinisierung der SED, auf das Ausarbeiten eines Wirtschaftsplanes (Juni 1948) oder durch den öffentlich erzwungene Widerruf der These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ sollten die Perspektive auf die „Einheit Deutschlands“ keineswegs aufgegeben werden. Im Juni 1948 rief der SMAD-Offizier Semjonow die SED-Spitze zur Bildung einer „Kampfformation ... für Einheit, Frieden“ und zur „Stärkung [des] nat.[ionalen] Befreiungskampfes“ auf. Die „Nationale Front“ sollte, so Semjonow weiter, den „wahren Nationalismus“ stärker als bisher zur Geltung bringen und auch „ehemalige Nazis“ und „ehemalige Militärs“ ansprechen³⁷, um schließlich die „Einheit durch Anschluß“ des Westens an die SBZ zustandezubringen.

Wie dies zu erreichen sein sollte, blieb unklar. Wilhelm Pieck vernahm lediglich die lapidaren Hinweise von Semjonow, für „Westdeutschland verschiedene Formen“ der Arbeit, der „Situation entsprechend“, anzuwenden.³⁸ Im Juni 1948 tauchte so eine modifizierte Argumentation unter Verwendung des Begriffs der Nation im Sinne einer noch stärkeren nationalen Einfärbung des Kampfes um die Einheit Deutschlands auf. Die sowjetische Seite forderte von der SED „wahren Nationalismus“ und eine erste wagen Aufgabenbestimmung bei der Entwicklung der Nationalen Front.³⁹

Die SED-Führer entwickelten seit Sommer 1948 Interesse und Initiativen für eine staatliche Organisation der sowjetischen Zone. Mit Blick auf die Entwicklung in den drei westlichen Zonen, insbesondere auf den Fortgang der Beratungen im Parlamentarischen Rat, schlugen sie Stalin als Reaktion auf die Vorbereitung einer Staatsgründung im Westen im Dezember 1948 vor, eine provisorische deutsche Regierung zu bilden, das Plenum der Deutschen Wirtschaftskommission zu einer Volkskammer von 110 Mitgliedern auszubauen und ein Verwaltungsgesetz zu verabschieden. Wahlen wären nach SED-Vorstellung im Herbst 1949 bzw. Frühjahr 1950 mittels „Blockliste“ möglich.⁴⁰ In den Fragen der staatlichen Organisation der SBZ und noch viel mehr in Fragen des „sozialistischen Aufbaus“ (sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft) bremsten die SMAD-Vertreter und die KPdSU-Spitze in Moskau jedoch deutlich. Noch hegte man in Moskau Hoffnungen, die Pläne einer Weststaatsgründung mit der Berlin-Blockade auf-

für die Nationale Front abging. Piecks Notizen zur Besprechung mit Stalin um den 20. September 1949 in Moskau, in: ebenda, S. 299.

37 Zur Mobilisierung dieser nationalen Kräfte wurde zum 25. Mai 1948 die Nationaldemokratische Partei (NDPD) (und auch die Bauernpartei DBD) gegründet. Bereits ab Februar 1948 erhielten auf SMAD-Befehl alle nichtbelasteten NSDAP-Mitglieder und NS-Anhänger die Chance, „jetzt mit den demokratischen Kräften der Gesellschaft an der Sicherung der Einheit und der demokratischen Entwicklung Deutschlands ehrlich mitzuarbeiten“. Vgl. So funktionierte die DDR, Bd. 2, S. 714.

38 Vgl. Besprechung mit Semjonow am 10. Juni 1948, in: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 31, 233.

39 Vgl. ebenda, S. 233.

40 Vgl. Reise von Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner nach Moskau vom 12. bis 24. Dezember 1948, Besprechung am 18. Dezember 1948, in: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 247 ff.; Besucher im Kreml-Kabinett, in: Historisches Archiv, Nr. 5-6, 1996, S. 44.

halten zu können.⁴¹ Die sowjetische Seite beharrte auf dem Vorrang der nationalen Einheit vor der Verwirklichung sozialistischer Ordnungsvorstellungen in der östlichen Besatzungszone. Das offensichtliche Scheitern der Berlin-Blockade und die weitere Entwicklung zur Konstituierung eines westdeutschen Staates ließen Stalin im Februar/März 1949 der Bildung einer Volkskammer und einer „provisorischen, deutschen Regierung“ aus der Deutschen Wirtschaftskommission heraus zustimmen, wenn es zu einer Regierungsbildung im Westen kommen sollte. Stalin forderte, daß der Volksrat und eventuell ein neuer Volkskongreß an der Etablierung der neuen Staatlichkeit zu beteiligen sei.

Wladimir Semjonow kehrte am 6. Mai 1949 mit Stalins Anweisung aus Moskau nach Berlin zurück, daß jetzt die Notwendigkeit bestehe, einen „Schritt weiter“ als mit der Volkskongreßbewegung zu gehen: Stalin verlangte von der SED-Spitze die Bildung einer „Nationale[n] Front für Einheit“.⁴² Nachdem die SED-Führung auf den ersten Aufruf zur Schaffung einer solchen „nationalen Front“ vom Juni 1948 nicht reagiert hatte, mußte sie jetzt das Programm des 3. Volkskongresses kurzfristig um die Verabschiedung eines „Manifests an das deutsche Volk“ erweitern, in dem zur Bildung einer „nationalen Front für Einheit und gerechten Frieden“ aufgerufen wurde.⁴³ Im Präsidium des Volksrates, jetzt also unter Beteiligung von Spitzenvertretern der anderen Blockparteien, wurde am 9. Mai 1949 eine erste Diskussion über die Nationale Front geführt. Auf einer weiteren Präsidiumssitzung des Volksrats am 28. Mai gaben die Vertreter der anderen Blockparteien ihre Ablehnung zur Schaffung einer Nationalen Front bekannt.⁴⁴

Die „Wahlen“ zum 3. Deutschen Volkskongreß am 15./16. Mai 1949 ergaben das für die SED-Führung katastrophale Wahlergebnis von nur 66,1 Prozent Zustimmung zu der suggestiv gehaltenen Fragestellung: „Bist Du für Einheit und gerechten Frieden und den Abzug aller Besatzungstruppen?“⁴⁵

Der Volkskongreßbewegung trat von nun an in Gestalt der „Nationalen Front“ eine neue Organisationsform mit einer stärkeren Frontstellung gegen jegliche Westorientierung Deutschlands zur Seite.⁴⁶ Von dem Wahlergebnis äußerlich unbeeindruckt tagte der 3. Deutsche Volkskongreß vom 29. Mai bis 3. Juni 1949 in Ost-Berlin und setzte einen Zweiten Volksrat ein. Dessen Hauptaufgabe bestand in der Annahme der seit

41 Vgl. Wilfried *Loth*, *Stalins ungeliebtes Kind*, S. 143 ff.

42 Semjonow war noch am Abend des 6. Mai 1949 von Stalin im Kreml instruiert worden. Vgl. Besucher im Kreml-Kabinett, in: *Historisches Archiv*, Nr. 5-6, 1996, S. 53; Bericht Grotewohls im PB vom 23. Mai 1949, in: Wilhelm *Pieck* – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 281; Piecks Notizen vom 4./5. Mai 1949, in: SAPMO-BA NY 4036/656/Bl. 93.

43 Vgl. „Nationale Front gegen Nationale Not“, in: *Deutschlands Stimme* vom 15. Mai 1949, S. 1; Manifest abgedruckt in: *Deutschlands Stimme* vom 3. Juni 1949.

44 Vgl. Piecks Notizen zur nationalen Front Anfang Juli 1949, in: Wilhelm *Pieck* – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 291.

45 Vgl. auch die Diskussion zum Wahlergebnis im Blockausschuß am 17. Juni 1949, in: SAPMO-BA NY 4090/501/Bl. 124-136.

46 Vgl. Manfred *Overesch*, S. 1962 f.

Mitte 1948 fertiggestellten Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik – zeitlich als Nachvollzug zu dem am 23. Mai 1949 in Bonn verkündeten Grundgesetz.⁴⁷

Mit Stalins Forderung nach Schaffung einer Nationalen Front hatten die Spitzenfunktionäre anfänglich große Schwierigkeiten. Wilhelm Pieck notierte am 23. Mai 1949 unter dem Stichwort „Schaffung der nat.[ionalen] Front – was soll das sein?“, „... Lösung bedenklich“, wegen des Anklangs an eine „Nazi-Parole“.⁴⁸ Bereits Anfang Mai 1949 fanden sich bei Pieck warnende Worte, daß mit der Nationalen Front nicht in die „Hände der alten ... aggressiv[en] ... Nationalisten“ gearbeitet werden dürfe.⁴⁹ Obwohl sich selbst das Politbüro über die „Organisation“ der Nationalen Front im unklaren war, beschloß es Ende Mai 1949, daß die unteren SED-Parteioorganisationen mit der Klärung des Begriffs Nationale Front zu beginnen hätten.⁵⁰ Franz Dahlem, Politbüro-Mitglied und verantwortlich für die Westarbeit, erhielt den Auftrag, mit den Kommunisten aus Westdeutschland zu sprechen. Diese sollten von der Notwendigkeit überzeugt werden, ihre Arbeit auf die Schaffung der Nationalen Front umzustellen und in ihrem Wirkungsbereich, in Städten und Dörfern Westdeutschlands, „unter verschiedenen Bezeichnungen Organe der Nationalen Front“ gründen.⁵¹

Die SMAD beauftragte die SED-Spitze, einen „Plattform-Entwurf“ für die Nationale Front zu erstellen.⁵² Widerstrebend fand sie sich mit dem Auftrag ab.⁵³ Im Sekretariat des SED-Politbüros lag Mitte Juni ein erster Kampagneplan zur Propagierung der Nationalen Front vor. Funktionäre wie Rudolf Herrnstadt, Otto Winzer, Gerhart Eisler oder Albert Norden legten erste Ausarbeitungen zu Themen wie „Die Nationale Front vereint den Arbeiter bis zum Unternehmer“ oder „Kampf gegen die Spalter und Separatisten und Zerschlagung des Sozialdemokratismus“ vor.⁵⁴

Im Juni nahm der von der SMAD geforderte Entwurf einer Plattform zur Nationalen Front erste Gestalt an. Vermutlich formulierten Fred Oelßner, Franz Dahlem und Paul Merker die erste Konzeption über Aufgaben und Ziele der Nationalen Front. Der Inhalt des Entwurfs – bezeichnet als „Manifest der Nationalen Front“ – wurde mehrere Male

47 Der Zweite Volksrat blieb solange untätig, bis sich in Bonn Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung (September 1949) konstituiert hatten. Dann, wiederum im Nachvollzug, proklamierte der Volksrat am 7. Oktober 1949 die Gründung der DDR und erklärte sich zur Provisorischen Volkskammer. Vgl. Manfred Koch, S. 352 f.

48 Notizen Piecks und Besprechung mit Semjonow, beides am 23. Mai 1949, in: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 282 f.; vgl. Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 155; Diskussionen zur Nationalen Front in den Sitzungen des Demokratischen Blocks im Juni, Juli 1949, in: Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945-1949, S. 413-424, 437, 448 f., 458-471, 475-490.

49 Vgl. Notizen W. Piecks vom 4./5. Mai 1949, in: SAPMO-BA NY 4036/656/ Bl. 93.

50 Vgl. Stimmungsberichte zur NF Mai, Juni 1949, in: SAPMO-BA NY 4090/517/Bl. 1-5.

51 Vgl. PB-Sitzung vom 31. Mai 1949, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2/25/Bl. 9, 10.

52 Vgl. Besprechung mit Semjonow am 23. Juni 1949, in: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 284.

53 Vgl. Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 155 f.

54 Vgl. Protokoll der Sekretariatssitzung des PB der SED vom 17. Juni 1949, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/3/33/Bl. 21-22.

SED-intern und mit der SMAD, insbesondere mit Semjonow, besprochen.⁵⁵ Die eher dürftigen Anweisungen der SMAD-Offiziere über die Bildung einer Nationalen Front ergänzte Sergej I. Tulpanow, Leiter der Propaganda- und Informationsverwaltung der SMAD, Ende Juni 1949 mit nicht gerade aussagekräftigeren Hinweisen, daß die Nationale Front ihr Hauptgewicht im Westen haben sollte und daß es dabei nicht auf die Form, sondern den politischen Inhalt ankomme und „viele Formen“ der Tätigkeit im Westen Deutschlands notwendig seien.⁵⁶

Der vom SED-Politbüro erstellte und mit der SMAD abgesprochene Entwurf erklärte zu Zielen der Nationalen Front: die Herstellung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einheit Deutschlands, die nationale Unabhängigkeit „unseres Vaterlandes“, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen.⁵⁷ Die Ziele der Nationalen Front lassen erkennen, daß das Wirtschafts-, Rechts- und Bildungssystem der SBZ ohne Abstriche auf den Westen übertragen werden sollte. Zur Disposition oder zur Diskussion stellte die SED-Seite keine ihrer „Errungenschaften“, weder die Grundsätze aus der „Verfassung für eine Deutsche Demokratische Republik“ noch die Vorstellungen über eine Planwirtschaft oder den fragwürdigen Modus, gesamtdeutsche Gremien aus Vertretern von Parteien und Massenorganisationen zusammenzustellen. Kompromißvorschläge gab es nicht.

Weder die Diskussion im Politbüro noch die Besprechung bei Semjonow oder Aussprachen im Volksrat hatten bei der Erstellung des Manifestes der Nationalen Front den Sowjets genügt. Am 11., 13., 17. und 19. Juli kam es zu weiteren Unterredungen in der SED-Spitze sowie mit Semjonow und Tulpanow.⁵⁸ In Piecks Notizen vom 19. Juli hieß es: Manifest erst mit dem Politbüro und dann in der nächsten Parteivorstandssitzung der SED (am 17. und 18. August) diskutieren.⁵⁹ Ganz einverstanden mit Begriff und Inhalt der Nationalen Front war man in der SED-Führung wohl immer noch nicht. Sie fürchtete starke und vielleicht schwer zu kontrollierende nationale (nationalistische!) Tendenzen in der Bevölkerung. Wilhelm Pieck hielt nach einer Parteivorstandssitzung am 20. Juli fest: „Wir machen uns Sorgen – *wer* zur Nationalen Front kommt. ... Ersteinmal [müssen] unsere [SED-] Aufgabe[n] und Ziel[e]“ in die Massen“ getragen werden. Es könnte eine Gefahr für die Nationale Front entstehen, wenn nicht die Arbeiterklasse dort die Führung übernehme. Im Schlußwort der Tagung hatte Fred Oelßner nachdrücklich erklärt: „Der Parteivorstand stellt vor die Partei die Pflicht, mit allem Ernst an das Studium der nationalen Frage und an die Schaffung der Nationalen Front gegen die Unterdrückung der deutschen Nation durch den amerikanischen Imperialismus ... heranzugehen. Das Politbüro wird beauftragt, die Stellungnahme der Partei zur Schaffung

55 Vgl. Piecks Notizen zur Nationalen Front Anfang Juli 1949, in: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 291.

56 Vgl. Besprechung mit Tulpanow am 28. Juni 1949, in: ebenda, S. 285.

57 Vgl. Entwurf, Ziele der Nationalen Front vom 2. Juli 1949, in: SAPMO-BA NY 4090/643/Bl. 104-107.

58 Vgl. Piecks Notizen zur nationalen Front Juli 1949, in: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 291.

59 Vgl. ebenda; PB-Sitzung am 12. Juli 1949, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/32.

der Nationalen Front in einer Plattform zu formulieren und sie als Direktive für die Partei der nächsten Tagung des Parteivorstandes vorzulegen.“⁶⁰

Das SED-Politbüro stimmte am 19. Juli 1949 dem von Fred Oelßner vorgelegten achtseitigen Entwurf: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Nationale Front“ zu.⁶¹ Anschließend lag er auch dem Parteivorstand und dem Deutschen Volksrat zur Aussprache vor. Eine Woche später forderte das Politbüro vom Deutschen Volksrat erste Berichte über die Entwicklung der Nationalen Front im Westen Deutschlands an.⁶²

Im Unterschied zu den ersten Richtlinien über die Nationale Front von Anfang Juli 1949 arbeitete Fred Oelßner reichliche zwei Wochen später in seinem Entwurf „SED und Nationale Front“, einem Papier zur Selbstverständigung in der Partei, folgende Punkte stärker heraus: Er wies die Schuld an der Teilung Deutschlands pauschal den westlichen Alliierten und den führenden politischen Kräften in Westdeutschland zu. Die Stalin-Theorie von einem „zeitweiligen Bündnis zwischen nationalem Bürgertum und Arbeiterklasse im Kampf gegen ausländische bourgeoise Unterdrücker“ wurde auf den Aufbau der Nationalen Front in Westdeutschland angewandt. Und Oelßner führte einen undifferenzierten verbalen Schlag gegen „Kosmopolismus, Weltbürgertum“, gegen „amerikanischen Imperialismus und Sozialdemokratismus“. Mit der Formulierung, „der Kampf um die nationalen Interessen des Volkes widerspricht weder den proletarischen Klasseninteressen noch dem Geist des proletarischen Internationalismus“, sprach Oelßner ein in der SED-Spitze umstrittenes und für die „Genossen“ irritierendes Problem an.⁶³

Den „Kampf um die deutsche Einheit“ führte die SED mit zwei verschiedenen programmatischen Erklärungen zur Nationalen Front: die eine mit dem Titel „SED und die Nationale Front“⁶⁴ war den SED-Mitgliedern vorbehalten, und die andere, das „Manifest der Nationalen Front“, war für die „übrige“ Bevölkerung in Ost und West bestimmt. Die Fassung für die Parteimitglieder hatte ihren inhaltlichen Schwerpunkt auf der Propagierung des Ziels, über eine „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ in Westdeutschland nach dem Vorbild der SBZ zu einem sozialistischen Gesamtdeutschland zu gelangen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, müßten dessen Gegner – die westlichen Besatzungsmächte, Adenauer und seine Partei sowie die Sozialdemokratie unter Schumacher – vehement bekämpft werden.

Der (gesamt)deutschen Bevölkerung gegenüber verfuhr man jedoch anders. Ihr sollte mit den Parolen von der Nationalen Front vorerst lediglich eingehämmert werden, daß der „amerikanische Imperialismus“ die Hauptschuld an der deutschen Spaltung trage und Westdeutschland als Aufmarschgebiet für einen neuen Krieg benutze. Aus dieser

60 Notizen W. Piecks im Parteivorstand vom 20. Juli 1949, in: SAPMO-BA NY 4036/656/Bl. 97-99.

61 Vgl. PB-Sitzung vom 19. Juli 1949, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2/34/Bl. 25.

62 Vgl. PB-Sitzung vom 26. Juli 1949, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2/35/Bl. 10-11.

63 Vgl. Entwurf: Die SED und die Nationale Front; PB-Sitzung am 19. Juli 1949, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2/34/Bl. 27-38.

64 Vgl. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, in: Dokumente der SED, Bd. II, S. 327-355.

„Erkenntnis“ sollte die deutsche Bevölkerung den Schluß ziehen, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit nur möglich sei durch den Zusammenschluß aller patriotisch gesinnten Deutschen in einer nationalen Sammelbewegung gegen die „amerikanischen Spalter“. Diese nationale Sammelbewegung, so die Vorstellung der SED-Führung, hätte Arbeiter, Bauern, kleine und mittlere Unternehmer, aber auch Teile des Großbürgertums aus ganz Deutschland zu erfassen. Die SED-Spitze erklärte sich also im Rahmen der Nationalen Front zu einem zeitweiligen Bündnis eben mit jenen Kräften bereit, denen sie seit 1945/46 in der SBZ unter Berufung auf die Demokratisierung Deutschlands schärfsten Kampf angesagt hatte.⁶⁵

Das von der SED-Führung und nicht zuletzt auch von der SMAD geforderte Bündnis mit dem „national-gesinnten Bürgertum“ machte vielen Funktionären und Mitgliedern der SED, besonders den älteren, Schwierigkeiten. Ihr Einwand gegen das Programm der Nationalen Front resultierte aus dem Vorwurf an ihre Partei, durch die Bündnisbereitschaft mit dem Bürgertum die revolutionäre Klassenkampfposition des Proletariats zu verraten.⁶⁶

Große Bedeutung im Denken und Handeln der SED-Spitze nahm im Sommer 1949 die Entwicklung der Nationalen Front in den westlichen Besatzungszonen ein. Verschiedene Formen von Protesten, Korrespondenzen, Konferenzen oder Delegationsbesuche sollten initiiert und unterstützt werden, um den „Widerstandswillen des deutschen Volkes gegen die amerikanische Besatzungspolitik“ zu stärken.⁶⁷ Das breite Spektrum der Arbeit der Nationalen Front nach Westdeutschland lief bereits in diesen Wochen an. Kampagnen und Massenagitationen in Tageszeitungen, Rundfunk (bestellte Leser- und Hörerbriefe), Kino (Wochenschau „Der Augenzeuge“)⁶⁸ oder Flugblättern, Broschüren, Traktaten in schwindelerregenden Auflagenhöhen⁶⁹ bei noch rationiertem und knappem Papieraufkommen zählten zur alltäglichen West-Arbeit.

65 Vgl. Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei, S. 100 ff.

66 So ergab sich z. B. der absurde Zustand, daß ein SED-Funktionär auf dem Land einerseits die Aufgabe, mit allen Mitteln den Einfluß der Großbauern zurückzudrängen und andererseits dieselben Großbauern für die Mitarbeit in den Dorfausschüssen der Nationalen Front zu gewinnen, zu erfüllen hatte. Die linientreuen SED-Professoren an den Universitäten waren beauftragt, „bürgerliche“ Professoren als „Objektivisten“ zu entlarven und sie gleichzeitig für die neue nationale Bewegung zu gewinnen. Im innenpolitischen Leben der SED galt als gefährlichste Abweichung der „Sozialdemokratismus“. Im Rahmen der Nationalen Front mußte der Parteifunktionär um eine möglichst enge Kampfgemeinschaft mit den westdeutschen Sozialdemokraten werben.

67 Vgl. Entwurf: Die SED und die Nationale Front; PB-Sitzung am 19. Juli 1949, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2/34/Bl. 40.

68 Vgl. Plan zur Führung einer Kampagne zur Frage Einheit und gerechter Friede, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/3/13; Kampagne-Plan zur Gewinnung der technischen Intelligenz in Ost- und Westdeutschland für die NF am 29. August 1949, in: ebenda, DY 30 J IV 2/3/48; 2/3/51.

69 Unterstützung des Wahlkampfes der KPD auf dem Gebiet der Massenagitation: Zehn verschiedene Broschüren mit einer Auflage von insgesamt 1.100.500 Stück im Juni 1949; darunter z. B. das Manifest des Dritten Deutschen Volkskongresses; die Rede Grotewohl über die Verfassung des Deutschen Volksrates oder Außenministerrat und Nationale Front. Vgl. Sekretariatssitzung vom 17. Juni 1949, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/3/33/Bl. 17-19.

Der Aufbau und die Fortführung eines Korrespondentennetzes in Westdeutschland⁷⁰ verzögerte sich im Sommer/Herbst 1949. Beim Sekretariat des Politbüros der SED führten verantwortliche Funktionäre Klage, daß das bewilligte Budget für diese Arbeit nachträglich um fast die Hälfte gekürzt werden sollte. Zur Illustration: Pro Quartal standen 77.000 „Westmark“ zur Verfügung, von denen erst 20.000 „Westmark“ eingegangen waren. Die Funktionäre beschwerten sich beim Politbüro darüber, daß es unter solchen Umständen unmöglich sei, eine Politik der Nationalen Front, wie sie mit dem Korrespondenten-Apparat zu betreiben wäre, durchzuführen.⁷¹

Die SED-Spitze versuchte Kontakte zu einflußreichen Persönlichkeiten im Westen Deutschlands herzustellen. So bemühte man sich z. B. um die Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft und des Nauheimer Kreises.⁷² Diese reagierten verunsichert auf die Nationale Front. Man sei sich zwar einig, so westdeutsche Stimmen, eine Einheit mit Ostdeutschland im Kampf um die Wiedervereinigung herzustellen, aber der „Begriff der Nationalen Front ist ... für Westdeutschland untragbar, da er untrennbar verbunden ist mit dem Eindringen von ausgesprochen faschistischen, chauvinistischen und militaristischen Elementen“.⁷³ Noch mehr als in Ost-Berlin befürchtete man im Sommer 1949 in Westdeutschland, daß sich mit der Nationalen Front in erster Linie politisch „Rechte“ und ehemalige Militärs angesprochen fühlten.

Der Ausgang der Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag am 14. August 1949 schokkierte die SED-Spitze. Unfähig eigene Versäumnisse und Fehler zu analysieren, sahen SED-Politbüro und Parteivorstand im Wahlergebnis eine folgenschwere politische Fehlentscheidung der Westdeutschen. Die SED diskreditierte deren Wahlentscheidung – mit dem Wissen, im Osten Deutschlands keine Wahlen bei der Konstituierung der DDR zuzulassen – als Folge „eines mit allen Mitteln der ideologischen Verhetzung, des Massenbetruges und des physischen Terrors geführten Kampfes gegen ... die wahren Interessen des deutschen Volkes“.⁷⁴ Um so nachdrücklicher rief der Parteivorstand der SED dazu auf, alle national gesinnten Deutschen in einer „breiten und mächtigen nationalen Front zum Kampf um die Einheit Deutschlands, um den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen“ zusammenzufassen.⁷⁵

Mit der Konstituierung des Deutschen Bundestages und Bundesrates am 7. September, der Wahl des Bundespräsidenten am 12. September und der Wahl Konrad Adenau-

70 Das waren Personen in Westdeutschland, die größere Mengen von SED-Agitationsmaterial erhielten und im Westen weiterverteilten bzw. Berichte über die Arbeit westdeutscher Volksausschüsse, später Ausschüsse der Nationalen Front, lieferten.

71 Vgl. Heinz Schmidt, Leo Bauer u. a. an das PB vom 5. September 1949, in: SAPMO-BA NY 4036/649/Bl. 57, 58.

72 Vgl. zu diesen Gruppierungen bei Rainer Dohse, S. 41 ff., 71 ff.

73 Bericht an W. Pieck vom 9. August 1949, in: SAPMO-BA NY 4036/649/Bl. 40.

74 Entschließung des SED-PV zum Ergebnis der Wahlen in Westdeutschland vom 23./24. August 1949, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/1/70/Bl. 14.

75 Vgl. SAPMO-BA DY 30 IV 2/1/70/Bl. 17-18; Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der Partei, in: ebenda, NY 4036/656/Bl. 110-111.

ers zum Bundeskanzler am 15. September 1949 konnte nun auch die öffentlich als „Nachvollzug“ deklarierte Gründung des ostdeutschen Staates vorstatten gehen. Zur Besprechung des Ablaufplanes der DDR-Gründung weilten Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Oelßner fast zwei Wochen, vom 16. bis 28. September, in Moskau. Diese Politbüromitglieder formulierten in Moskau am 19. September einen Brief an Stalin, an dessen Anfang eine Bitte um Stalins Meinung zur Entschließung über die Schaffung der Nationalen Front stand. Die SED-Politiker schlugen vor, die durch die Volkskongreßbewegung geschaffenen Volksausschüsse allmählich in Ausschüsse der Nationalen Front umzuwandeln.⁷⁶

Im Gründungsprozeß der DDR spielte die Nationale Front nur eine marginale Rolle. Alles konzentrierte sich auf die Ableitung der DDR aus der Volkskongreßbewegung. So wurde z. B. der Zweite Deutsche Volksrat zur Provisorischen Volkskammer umgebildet. Die Nationale Front trat als Nachfolgeorganisation des Volkskongresses am 7. Oktober 1949 in das öffentliche Leben. Nachdem am 4. Oktober der SED-Parteivorstand sowohl den „Plan zur Bildung einer Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“ als auch die Entschließung über die „Nationale Front des Demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei“ angenommen hatte⁷⁷, konnte auf der Sitzung des Deutschen Volksrates am 7. Oktober 1949 die „Schaffung der Nationalen Front“ als Tagesordnungspunkt 1 abgehandelt werden.⁷⁸ So wurde am 7. Oktober zunächst zum Kampf um die „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“ aufgerufen und dann der Beschluß zur Staatsgründung gefaßt. Dieses Verständnis der Nachordnung des DDR-Gründungsbeschlusses nach der Annahme des Manifestes der Nationalen Front brachte Otto Grotewohl in seiner Regierungserklärung am 12. Oktober 1949 zum Ausdruck.⁷⁹ Dies wurde sowohl von Marschall Tschuikow, obersten Chef der SMAD und später der Sowjetischen Kontrollkommission, in seiner Erklärung am 10. Oktober als auch von Stalin in seinem geradezu euphorischen Grußtelegramm am 13. Oktober deutlich hervorgehoben.⁸⁰

76 Stalins Stellungnahme dazu ist bisher nicht überliefert. Da in der Folgezeit aber genau so verfahren wurde, ist seine zustimmende Meinung zu unterstellen. Vgl. Brief an Stalin, in: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, S. 294 f.; PB-Sitzung am 13. September 1949, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2/44/Bl. 10-14.

77 Vgl. Entschließungsbeschluß in der PB-Sitzung vom 2. Oktober 1949, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2/47; Entschließung abgedruckt in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 2, S. 327-355; Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 141 f.

78 Die Änderung der Tagesordnung war Ergebnis der Moskauer Beratung. Wahrscheinlich hatte die sowjetische Führung den vier SED-Politbüromitgliedern nahegelegt, die Annahme des „Manifestes der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands“ als ersten Tagesordnungspunkt dem Gründungsakt der DDR voranzustellen.

79 Vgl. Wortlaut der Regierungserklärung Grotewohls, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, S. 19-37; Rolf Badstübner, Die sowjetische Deutschlandpolitik im Lichte neuer Quellen, S. 128.

80 Vgl. Erklärung des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Armeegeneral Tschujkow; Telegramm des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR J.W. Stalin vom

Das „Manifest an das deutsche Volk“, beschlossen auf der 9. Tagung des Deutschen Volksrates am 7. Oktober 1949, und der mit „Sekretariat der Volkskongreßbewegung“ unterzeichnete Aufruf zur Nationalen Front des demokratischen Deutschlands können als Gründungsdokumente der Nationalen Front bezeichnet werden. Sie wurden am 8. Oktober 1949 im Neuen Deutschland veröffentlicht.⁸¹ In einem eindringlichen Appell postulierte die SED-Spitze agitationswirksam Aufgaben und Ziele der Nationalen Front: Kampf um die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Friedensvertrag und für die Wiederherstellung der vollen Souveränität der deutschen Nation.⁸²

In einer so bezeichneten „öffentliche Aussprache“ zum Manifest nahmen Otto Grothewohl als SED-Vorsitzender und Vorsitzender des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates, Hermann Kastner und Otto Nuschke als LDPD- bzw. CDU-Vorsitzende und Präsidiums vorsitzende des Deutschen Volksrates sowie Herbert Warnke als FDGB-Vorsitzender euphorisch Stellung.⁸³

Die im „Manifest der Nationalen Front“ enthaltene Aufforderung an alle „patriotischen Kräfte des deutschen Volkes“, für die „Errichtung eines einheitlichen, unabhängigen demokratischen Deutschland“ nach dem Vorbild der DDR einzutreten, entsprach den Forderungen und Interessen der sowjetischen Deutschlandpolitik. Die Parteiführung der KPdSU hatte seit Mitte 1948 das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Nationalen Front angeregt. Die SED-Spitze, primär am Erhalt ihrer politischen Macht in der SBZ interessiert, reagierte zunächst zurückhaltend darauf. Letztlich blieb der SED nichts anderes übrig, als Begriff und Ziele der Nationalen Front in ihren deutschlandpolitischen Forderungskatalog aufzunehmen.⁸⁴ Die SED-interne Reaktion auf die Bildung der Nationalen Front blieb im Herbst 1949 zurückhaltend.⁸⁵

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland hatte eine deutschlandpolitische und eine DDR-interne Funktion zu erfüllen. Die deutschlandpolitische Funktion ist im weiteren Untersuchungsgegenstand der Studie. Die innenpolitische Funktion der Nationalen Front wurde mit fortschreitender Zeit jedoch immer bedeutender. Die SED machte sie zu einer Art Dachverband aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Sie verkörperte faktisch das Organisationsmonopol der SED-Staatspartei, die die

13. Oktober 1949, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 1, S. 229-232.

81 Deutscher Volksrat. Informationsdienst, Heft 7, 1949, S. 3 f.; vgl. auch die Ausführungen bei Helmut Neef, S. 136 ff.; „Manifest des Deutschen Volksrates. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland“, in: Neues Deutschland vom 8. Oktober 1949, S. 3.

82 Vgl. „Manifest an das deutsche Volk“, in: Deutscher Volksrat. Informationsdienst, Heft 7, 1949, S. 3 f.; auch in: SAPMO-BA NY 4074/197/Bl. 92; Entwurf zum Programm der NF 1949, in: ebenda, NY 4074/210/Bl. 1-16.

83 Vgl. Aussprache über das Manifest, in: Deutscher Volksrat. Informationsdienst, Heft 7, 1949, S. 5 f.

84 Vgl. Siegfried Suckut, Nationale Front, S. 428; Notizen Franz Dahlems, in: SAPMO-BA NY 4072/213.

85 Vgl. Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, S. 142 f.; dort der Dokumentenabdruck der Tagung des PV vom 4. Oktober 1949 und vom 9. Oktober 1949, S. 146-175.

Nationale Front kontrollierte und instrumentalisierte. Die SED nutzte die Nationale Front innenpolitisch zur Legitimationsbeschaffung. So wurde sie seit Herbst 1950 bis zum Ende der DDR mit den Einheitslisten bei den Volkskammerwahlen identifiziert.⁸⁶

2. Personeller und organisatorischer Aufbau des Westapparates

Die SED installierte einen zentralisierten, vom Politbüro und vom Zentralkomitee straff geleiteten Westapparat. Dieser hatte die Aufgabe, im Westen Deutschlands kommunistische Vorstellungen zu propagieren, die parlamentarische Ordnung zu unterwandern und Hilfsorganisationen der SED einzurichten und anzuleiten. Die SED verzichtete zu keiner Zeit auf Ansätze zur Systemveränderung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Westarbeit umfaßte damit die Propaganda der SED in der Bundesrepublik sowie gezielte Versuche zur Einflußnahme auf westdeutsche Politiker, Unternehmer, Gewerkschaftsfunktionäre, Journalisten, Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Wenn auch die Leitorientierung der Westpolitik durch die sowjetische Führungsmacht erfolgte, trugen die Verantwortung für die politische Umsetzung die SED-Funktionäre.¹

Der Apparat für die Westarbeit umfaßte auf der obersten Ebene die Verantwortlichen im SED-Zentralsekretariat (seit Januar 1949 SED-Politbüro) und die zuständigen Abteilungen im Zentralkomitee (vorher Parteivorstand) der SED. Auf einer zweiten Ebene baute die SED-Führung umfangreiche Strukturen für die Westarbeit auf, und zwar den Westapparat in der Nationalen Front, in einzelnen Ministerien (z. B. Ministerium für Innerdeutschen und Außenhandel, Außenhandelsbetriebe) sowie in allen Blockparteien und Massenorganisationen². Von besonderer Bedeutung für die Umsetzung der SED-Westarbeit auf „staatlichem“ Gebiet waren die zuständige Abteilung der Nationalen Front und die Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Eine große Rolle spielten – und damit ist eine weitere Ebene benannt – die auf die Bundesrepublik zielenden geheimdienstlichen Apparate³ wie das Ministerium für Staatssicherheit (u. a. der seit August 1951 bestehende Außenpolitische Nachrichtendienst), die ihre Tätigkeit im Rahmen der politischen Vorgaben der SED-Führung wahrnahmen. Der Außenpolitische Nachrichtendienst etablierte Anfang der fünfziger Jahre in kürzester Zeit in allen Parteien und Organisationen der DDR mit Westabteilungen sogenannte legale Resi-

86 Vgl. Siegfried *Suckut*, Nationale Front, S. 429 f.; So funktionierte die DDR, Bd. 2, S. 722-733.

1 Vgl. Michael *Lemke*, Die Deutschlandpolitik der DDR zwischen Moskauer Oktroi und Bonner Sogwirkung, S. 184 f.; Jochen *Staat*, Westarbeit der SED, S. 685 f.

2 Vgl. PB-Beschluß über den umfangreichen Auf- und Ausbau des Westapparates in verschiedenen Massenorganisationen vom 27. Juni 1950, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/96; eine Untersuchung zur Westarbeit des FDGB für den Zeitraum 1949 bis 1956 bei Josef *Kaiser*, S. 106-131.

3 Vgl. Michael *Kubina*, Die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen für die Westarbeit im zentralen Parteiapparat von KPD/SED in den ersten Nachkriegsjahren, S. 39-47.

denturen⁴, die die deutsch-deutschen Kontakte, Begegnungen und Veranstaltungen im Auge behielten.⁵ Zwischen den einzelnen Ebenen des Westapparates bestanden zahlreiche Querverbindungen.

Der Aufbau dieses umfassenden Westapparates vollzog sich in den ersten vier Jahren nach Gründung der DDR. In dieser Zeit häuften sich strukturelle und personelle Veränderungen noch.

A. Zentraler Parteiapparat der SED und Anfänge des Geheimdienstes

Mit der Gründung der SED-Einheitspartei im April 1946 kam es im obersten Parteigremium, dem Zentralsekretariat, zu einer Aufgabenteilung. Dem Kommunisten Franz Dahlem und dem ehemaligen Sozialdemokraten Erich W. Gniffke fielen, dem Prinzip der Parität entsprechend, die Ressorts Organisation, Personalpolitik, Westdeutschland und die Verbindung zum Ausland zu.⁶ Eigenartigerweise fand sich in den Archivdokumenten von Zentralsekretariat und Parteivorstand die Zuteilung des Aufgabengebietes „Westarbeit“⁷ bzw. „Westdeutschland“ weder bei Dahlem und Gniffke noch bei den anderen Mitgliedern des Zentralsekretariats.⁸

Franz Dahlem (1892-1981), ein altgedienter Kommunist, war bereits in den zwanziger Jahren ZK- und Politbüromitglied und in den dreißiger Jahren in Paris Mitglied der Auslandsleitung der KPD gewesen. 1939 bis 1942 in Frankreich interniert, dann an die Gestapo ausgeliefert und bis 1945 im KZ Mauthausen, zählte Dahlem 1945 wieder zum engsten Führungskreis der KPD. Als Mitglied des Parteivorstands/Zentralkomitees und des Zentralsekretariats/Politbüros lag die Verantwortung der Westarbeit bis Mai 1953 in seinen Händen.⁹ Bezeichnenderweise war Dahlem kein Moskau-Emigrant.

Der ehemalige Sozialdemokrat Erich Walter Gniffke (1895-1964), seit 1913 SPD-Mitglied und in den zwanziger Jahren als Prokurist und Mitinhaber einer Exportfirma tätig, war während der NS-Zeit in Deutschland verblieben und in einer SPD-

4 „Legale Residentur“: getarnte nachrichtendienstliche Führungsstelle außerhalb der eigentlichen Zentrale, z. B. Botschaften oder Handelsmissionen.

5 Vgl. Markus Wolf, S. 88.

6 Vgl. Erich W. Gniffke, S. 164; Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei, S. 56.

7 Eine Westabteilung, wie Carola Stern behauptete, existierte zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

8 Vgl. Arbeitsverteilung im ZS, April 1946, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/1/1; Erich Woitinas, S. 23-26, 67-71.

9 F. Dahlem, 1913-1917 SPD, 1917-1920 USPD, dann KPD, 1920-1924 Mitglied des Preußischen Landtages, 1928-1933 Abgeordneter des Deutschen Reichstages, Emigration in Frankreich und Spanien, 1937-1939 Leiter der Politischen Kommission der Internationalen Brigaden in Spanien, dann bis 1939 Leiter des Sekretariats des ZK der KPD in Paris, 1945 bis Mai 1953 höchste Funktionen in der SED, 1949-1953 Abgeordneter der Volkskammer, dann aller Partei- und Staatsämter wegen „politischer Blindheit gegenüber der Tätigkeit imperialistischer Agenten in der Emigration“ enthoben, 1955-1977 im Ministerium für Hochschulwesen, 1956 politisch rehabilitiert und 1957 ins ZK der SED kooptiert. Vgl. Erinnerungsbericht und „Kaderakte“ Franz Dahlem, in: SAPMO-BA SgY 1078; DY 30 IV 2/11/V 5280-1.

Widerstandsgruppe tätig. Nach 1945 zählte Gniffke zu den Mitbegründern der SPD in Berlin, er wurde Mitglied des SPD-Zentralausschusses und dann Mitglied des Zentralsekretariats der SED. Im Oktober 1948 flüchtete Gniffke unter dem wachsenden Sowjetisierungsdruck in den Westen.¹⁰ Für ihn, der am 30. Oktober 1948 aus der SED ausgeschlossen wurde, bestimmte das Zentralsekretariat keinen Nachfolger. Dahlem übernahm die alleinige Verantwortung für die Westarbeit im höchsten Parteigremium. Sein Sekretär war Hans Seigewasser¹¹. Persönliche Mitarbeiter von Erich W. Gniffke waren Ingo Wachtel und ab Juni 1948 Leni de Roggenbucke.¹²

Der Parteivorstand der SED richtete im März 1946 zwanzig Fachabteilungen ein. Eine spezielle Abteilung für die Westarbeit gab es zu dieser Zeit nicht.¹³ Von Anfang an gingen alle wichtigen Entscheidungen, die die Westarbeit betrafen, über die Schreibti-sche von Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Dabei sicherte sich Walter Ulbricht zunächst im SED-Zentralsekretariat, dann im Politbüro und im Sekretariat des Politbüros, eine weitgehende Entscheidungsbefugnis über die Deutschlandpolitik.

Die SED nahm für sich seit ihrer Gründung in Anspruch, eine gesamtdeutsche Partei zu sein, ohne in den westlichen Besatzungszonen jemals eine Zulassung erhalten zu haben. Die Kommunistische Partei in den Westzonen war keine von der SED souveräne Partei. Die KPD wurde vom Parteivorstand und Zentralsekretariat der SED politisch und organisatorisch geführt.¹⁴ Die zunächst vollzogene Aufnahme von KPD-Vertretern in den SED-Parteivorstand – im Zentralsekretariat der SED gab es keinen KPD-Vertreter – sollte aus gesamtdeutscher Sicht die Möglichkeit sichern, Einfluß auf die politische Entwicklung in den Westzonen zu nehmen. Trotzdem war die KPD nicht eine bloße Teilorganisation der SED. Um den unterschiedlichen Bedingungen in den vier

10 Gniffke war von 1922 an Mitglied im Zentralverband der Angestellten und ab 1926 dort hauptamtlich tätig; von 1929-1933 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverband (AfA) in Braunschweig; nach 1945/1946 einer der drei Vorsitzenden des ZA der SPD in Berlin; nach 1948 wieder SPD-Mitglied in Westdeutschland. Vgl. Wer war Wer in der DDR, S. 227 f.

11 H. Seigewasser (1904-1979), Bankangestellter, 1922 SPD, 1931 Mitbegründer der SAP, 1932 KPD, 1933-1945 inhaftiert, u. a. im KZ Sachsenhausen, 1945-1950 Mitarbeiter des PV bzw. des ZK der SED, 1953-1970 Mitglied des Präsidiums des NR der NF, 1960-1979 StS für Kirchenfragen. Vgl. Erinnerungsbericht von Seigewasser, in: SAPMO-BA SgY 1336; Wer war Wer in der DDR, S. 685 f.; Erich W. Gniffke, S. 181; „Hans Seigewasser zum 50. Geburtstag“, in: Stimme des Patrioten, 2. Augustheft 1955, S. 8.

12 Vgl. Entscheidungen der SED 1948, S. 524. Angaben über Wachtel und de Roggenbucke konnten nicht ermittelt werden.

13 Vgl. Fachabteilungen beim PV der SED, 1. März 1946, in: SAPMO-BA NY 4036/659/B1. 1; Organisation des Apparates, Sitzung des ZS der SED am 25. April 1946, in: SAPMO-BA IV 2/2.1/1.

14 Vgl. Bericht des ZS an den PV der SED für den Zeitraum 15. Januar bis 11. Februar 1948, in: SAPMO-BA NY 4036/656/B1. 44-45; Michael Kubina, Die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen für die Westarbeit im zentralen Parteiapparat von KPD/SED in den ersten Nachkriegsjahren, S. 38-41.

Besatzungszonen Rechnung zu tragen, wurde am 14. Februar 1947 zwischen dem SED-Parteivorstand und den auf Zonenebenen bestehenden Leitungen der KPD die Arbeitsgemeinschaft SED-KPD vereinbart.¹⁵ Das Ziel der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft bestand in der Schaffung von Voraussetzungen für die Bildung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland.¹⁶ Walter Ulbricht und Franz Dahlem soll es gelungen sein, den Einfluß Erich W. Gniffkes in der Arbeitsgemeinschaft zurückzudrängen. Ulbricht oblag die Verantwortung für politisch-ideologische Fragen; Dahlem sicherte sich die Entscheidungsgewalt in organisatorischen und Kaderfragen.¹⁷ Zum 3. Januar 1949 entschied die SED-Führung, die Arbeitsgemeinschaft SED-KPD offiziell aufzulösen. Alle zwanzig Vertreter der KPD mußten aus dem Parteivorstand ausscheiden. Das änderte allerdings nichts an der Vormachtstellung der SED gegenüber der KPD.¹⁸ Die KPD hatte sich nun als westdeutsche Partei konstituiert und sich damit einen Deckmantel von Unabhängigkeit für künftige Wahlkämpfe in der Bundesrepublik gegeben. Offiziell wurde dieser Schritt mit den unterschiedlichen Parteaufgaben in Ost- und Westdeutschland begründet. In Wirklichkeit dürfte aber entscheidender gewesen sein, die Abhängigkeit der KPD von der SED nicht durch eine organisatorische Verknüpfung (Arbeitsgemeinschaft) offiziell zur Schau zu stellen, sondern durch indirektere Formen, insbesondere durch die Finanzierung¹⁹, zu ersetzen.²⁰

-
- 15 Die Mitglieder der Zentralen Arbeitsgemeinschaft in: Entscheidungen der SED 1948, S. 525; Erinnerungsbericht M. Reimann, in: SAPMO-BA SgY 1097; Michael Kubina, „Was in dem einen Teil ...“, S. 427 ff. An der Spitze des PV der KPD stand im April 1948 Max Reimann (1898-1977) mit seinen beiden Stellvertretern Kurt Müller (1903-1990) und Walter Fisch (1910-1966). K. Müller, 1920 KPD, 1950 Verhaftung durch das MfS, Verurteilung 1953, bis 1955 in Haft und seit 1960 in der Bundesrepublik in der SPD. W. Fisch, 1930 KPD, nach 1945 Vorsitz der KPD in Hessen.
- 16 Vgl. Entscheidungen der SED 1948, S. 21 f.; Sitzung des ZS der SED vom 21. August 1947, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2.1/119.
- 17 Vgl. Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei, S. 66 f.; Notizen zur AG und zur Westkommission 1947-1952 Franz Dahlems, in: SAPMO-BA NY 4072/215.
- 18 Auseinandersetzungen mit den Westgenossen waren damals an der Tagesordnung. Zu unterschiedlich waren die Verhältnisse in Ost und West, als daß man sich ohne Probleme auf eine gemeinsame nationale Strategie einigen konnte. Kontrolle und Führungsanspruch von SED und SMAD über die KPD mußten wiederholt eingefordert werden. Die Kritik an der Arbeit der Westgenossen nahm ständig zu, sie sollten sich um mehr Kohärenz mit der SED bemühen. In den Reihen der KPD gab es hinsichtlich der Wiedervereinigung Verwirrung. Für die Westkommunisten war schwer zu begreifen, daß der Kampf um die nationale Einheit Klassenkampf sei, der mit den „national gesinnten Unternehmern“ geführt werden sollte. Vgl. Michael F. Scholz, Bauernopfer der deutschen Frage, S. 88.
- 19 Die SED-Spitze erreichte Ende 1951 ein detaillierter, geheimer Bericht über Ausführungen vom Bundesminister des Innern Dr. Robert Lehr über die Finanzquellen der KPD, der FDJ, des VVN, der DSF und der Sozialdemokratischen Aktion in Westdeutschland. Vgl. SED-Hausmitteilung vom 18. Dezember 1951, in: SAPMO-BA NY 4036/649/Bl. 271-289.
- 20 Vgl. ZS-Sitzung Ende Dezember 1948, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2.1/258; Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei, S. 67.

Das Zentralsekretariat der SED behandelte die Bildung einer „Westkommission“ erstmals am 31. August 1948.²¹ Aber erst ein halbes Jahr später, im Februar 1949, konstituierte sie sich. Die Leitung der „Westkommission beim Zentralsekretariat der SED“ übernahm Franz Dahlem; Karl Schirdewan²², Bruno Haid²³ und Bruno Fuhrmann²⁴ wurden seine Stellvertreter.²⁵ Die Kommission wurde in sechs Sachgebiete mit folgenden Verantwortlichen unterteilt:²⁶

- Referat KPD: verantwortlich Bruno Fuhrmann;
- Referat SPD: verantwortlich Hermann Zilles²⁷;

-
- 21 Vgl. Sitzungsprotokoll, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2.1/105; Michael Kubina, „Was in dem einen Teil ...“, S. 484 ff.
- 22 K. Schirdewan (Jahrgang 1907), 1925 KPD, 1932 Vorsitz des KJVD in Ostpreußen, ab 1933 illegale Arbeit, 1934 verhaftet und bis 1945 Häftling im KZ Sachsenhausen, 1945 Mitarbeiter des PV dann des ZK der SED, ab 1953 PB des ZK der SED, 1958 wegen „Fraktionstätigkeit“ aus SED ausgeschlossen, dann Leiter der Staatlichen Archivverwaltung in Potsdam. Vgl. Wer war Wer in der DDR, S. 639 f.; K. Schirdewan, *Aufstand gegen Ulbricht*, Berlin 1994.
- 23 B. Haid (1912-1993), Jurist, 1930 SPD, 1931 KPD, Emigration nach Frankreich und Mitarbeiter der KPD-Auslandsleitung in Paris, 1940 interniert, Résistance, nach 1945 Mitarbeiter beim PV bzw. ZK der SED, bis 1952 Westkommission beim PV/ZK, dann im Justizdienst und 1958 seiner Funktion als Generalstaatsanwalt („Kampf gegen Feinde der DDR vernachlässigt“) enthoben. Vgl. Wer war Wer in der DDR, S. 268. B. Haid gehörte neben Richard Stahlmann und Ernst Wollweber zu den Hauptverantwortlichen für den Aufbau des geheimdienstlichen konspirativen SED-Westapparates nach 1945. Während Stahlmann für den Grenzapparat zuständig war, Wollweber für den Nachrichtenapparat, konzentrierte sich Haid auf den parteieigenen Abwehrapparat. Damit fielen in Haid's Kompetenzen z. B. die Abwehrarbeit gegen die Ostbüros von SPD und CDU. Deshalb auch seine Verantwortlichkeit für die „bürgerlichen Parteien“. Vgl. Michael Kubina, *Die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen ...*, S. 41-47.
- 24 B. Fuhrmann (1907-1979), 1925 KPD, 1929/30 Jugendschule der KJI in Moskau, 1933 verhaftet, 1936 Flucht in die CSR, dann Schweiz, dort seit 1940 interniert, 1945 illegale Einreise nach Deutschland, dann Mitarbeiter des PV der SED, 1950 aller Parteifunktionen („Field-Affäre“) enthoben, 1956 rehabilitiert. Vgl. Wer war Wer in der DDR, S. 207.
- 25 Vgl. Michael Kubina, „Was in dem einen Teil ...“, S. 485, 500; Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung der Parteivorstandes der SED wird auf Seite 530 ohne Angaben von Quellen geschrieben: „Für die Westabteilung waren Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Paul Merker, Franz Dahlem und Helmut Lehmann als Mitglieder des ZS verantwortlich. ...“ Nicht zutreffend ist die Behauptung bei Monika Kaiser, die Westkommission wäre erst nach DDR-Gründung entstanden. Der Autorin folgend soll die Westkommission eine Art Zwitterstellung – sowohl ZK-Abteilung als auch Politbürokommission – eingenommen haben. Vgl. Monika Kaiser, S. 82.
- 26 Vgl. Sekretariatssitzung vom 2. Februar 1949, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/3/2; Sitzung vom 21. Februar 1949, in: ebenda, DY 30 J IV 2/3/6; Sitzung vom 9. September 1949, in: ebenda, DY 30 J IV 2/3/51.
- 27 H. Zilles (1903-1956), 1930 KPD, ab 1933 im illegalen Widerstand, Emigration in der Niederlande, inhaftiert und KZ Buchenwald, nach 1945 KPD-Funktionär in NRW, KPD-Vertreter im SED-PV, Übersiedlung in SBZ/DDR, Mitarbeiter im PV und im ZK der SED, 1953 wegen

- Referat Information und „bürgerliche Parteien“: verantwortlich Bruno Haid;
- Referat Presse, Rundfunk, Agitation: verantwortlich Erich Glückauf²⁸;
- Referat Gewerkschaften und Massenorganisationen: verantwortlich Walter Hähnel²⁹;
- Referat Wirtschaft und Verwaltung: zunächst unbesetzt.

Die Westkommission wurde in den folgenden Jahren immer wieder umgebildet und personell sehr erweitert.³⁰ Nach der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD übernahm sie auch wesentliche Anleitungs- und Kontrollfunktionen über den KPD-Parteivorstand. Die Referate-Einteilung verdeutlicht aber, daß das Spektrum der Tätigkeit der Westkommission weiter gefaßt war. Das Sammeln und Auswerten von Informationen über die Parteien, Organisationen und über die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik, das Initiieren von Aktionen zur „Herstellung einer gemeinsamen Front von KPD, SPD und fortschrittlichen bürgerlichen Kräften zur Beseitigung der Adenauerregierung“ oder das Erstellen und Darstellen eigener politischer Standpunkte bzw. Popularisieren von Reden und Schriften der Vertreter der sowjetischen oder DDR-Führung gehörten zum Arbeitsalltag der Mitglieder der Westkommission.³¹

Die große Bedeutung des SED-Westapparates kam darin zum Ausdruck, daß ausschließlich ehemalige Kommunisten die Führungsstellen des zentralen Westapparates besetzten. Ehemalige Sozialdemokraten hatten keine Schlüsselpositionen inne. Einige wenige Führungsfunktionen wurden mit Moskau-Emigranten besetzt; die Mehrzahl der „Kader“ im Bereich der Westarbeit kam nicht direkt aus der sowjetischen Emigration. Die Funktionäre der Westarbeit hatten vor 1945 zumeist in Spanien, Frankreich oder Skandinavien in den konspirativen Apparaten der KPD oder teilweise direkt für den sowjetischen Geheimdienst gearbeitet.³²

„mangelnder Wachsamkeit“ aller Funktionen verlustig. Vgl. So funktionierte die DDR, Bd. 3, S. 385; Michael Kubina, „Was in dem einen Teil ...“, S. 486.

28 Das Kleine Sekretariat des PB beschloß am 9. Juni 1949, daß E. Glückauf in der Westkommission das angegebene Referat zu übernehmen habe. Vgl. „Kaderakte“ E. Glückauf, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/11/V 2525.

E. Glückauf (1903-1977), 1922 KPD, Politischer Redakteur beim Pressedienst des ZK der KPD, ab 1933 illegale Arbeit, 1936-1939 Internationale Brigaden in Spanien, Kominternmitarbeiter, Exil in Belgien, Norwegen, Schweden, dort Tätigkeit für den sowjetischen Geheimdienst, 1946-1950 SED-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern, 1961-1968 Mitglied des PB des ZK der illegalen KPD, dann ZK der SED. Vgl. ebenda.

29 W. Hähnel war seit den zwanziger Jahren Mitarbeiter des Nachrichtenapparates der KPD; 1935-1938 war er in Moskau und ging dann im Parteauftrag nach Frankreich. Im Juli 1945 kehrte er nach Berlin zurück. Vgl. Michael Kubina, „Was in dem einen Teil ...“, S. 418 f.

30 Ein erster Beschluß über die personelle Erweiterung der Westkommission nach Gründung der DDR stand im Zusammenhang mit der Entscheidung zum Auf- und Ausbau der Westapparate der staatlichen Institutionen (Ministerien) und Massenorganisationen. Diese sollten zentral bei der Westkommission koordiniert werden. Vgl. ebenda, S. 487.

31 Vgl. Sitzungsprotokoll der Westkommission am 11. und 24. November 1949; Materialien der Westkommission von März bis Dezember 1949, in: SAPMO-BA NY 4182/867.

32 Vgl. Michael Kubina, „Was in dem einen Teil ...“, S. 493.

Nachdem im Januar 1949 aus dem Zentralsekretariat der SED das Politische Büro der SED geworden war, fand unter den sieben Mitgliedern und zwei Kandidaten des Politbüros eine Umverteilung der Zuständigkeiten statt. Franz Dahlem behielt das Aufgabengebiet „Verbindung mit dem Westen“.³³ Im Oktober 1949 entband ihn das Politbüro von dem einflußreichen Aufgabenbereich Personal-(Kader-) Politik, damit er sich, so die Begründung, ganz seinen Aufgaben für den Westen widmen könne.³⁴

Beim Parteivorstand, ab Sommer 1950 Zentralkomitee, installierte die SED-Führung im April 1949 mit der „Bildung einer Kommission für Außenpolitische Fragen beim Parteivorstand der SED“ eine weitere Abteilung, die u. a. auch mit „Westarbeit“ betraut wurde.³⁵ Zu den Mitgliedern der Außenpolitischen Kommission gehörten: Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Josef Orlopp, Georg Handke³⁶, Paul Wandel, Herbert Warnke, Erich Honecker, Maria Rentmeister. Zur Koordinierung der Tätigkeit wurde ein Sekretariat bei der Kommission gebildet, an dessen Spitze man Leo Zuckermann³⁷ stellte.³⁸ Das SED-Politbüro umschrieb die Aufgaben der „Außenpolitischen Kommission“ so: „ständiges Verfolgen und Analysieren der laufenden Beziehungen Deutschlands, sowohl der sowjetischen Besatzungszone als auch der westlichen Zonen, zu auswärtigen Staaten“, „aufklärende Tätigkeit in Deutschland über die Außenpolitik der Sowjetunion“ und „aufklärende Tätigkeit über die Entwicklung und die Politik in beiden Teilen Deutschlands im Auslande“.³⁹

Bei der Erfüllung der Vorgaben in der Westarbeit darf auch die im September 1949 gebildete „Propagandakommission beim Parteivorstand der SED“ nicht übersehen wer-

33 Vgl. PB-Sitzung vom 15. Februar 1949, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2/3. Franz Dahlem wurde Mitglied des Kleinen Sekretariats des Politbüros. Die Leitung der Westarbeit blieb auch dort in seinem Verantwortungsbereich.

34 Vgl. „Kaderakte“ F. Dahlem, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/11/V 5280-1.

35 Bereits im Februar 1947 hatte Albert Norden dem ZS der SED vorgeschlagen, ein „Außenpolitisches Büro“ zur „systematischen Beschaffung und Auswertung sämtlicher im Ausland über die deutsche Frage und Deutschland erscheinenden Informationen“ einzurichten. Vgl. Brief Nordens an das ZS vom 2. Februar 1947, in: SAPMO-BA NY 4217/14/Bl. 1-5.

36 G. Handke (1894-1962), Bankkaufmann, 1918 KPD, bis 1933 Redakteur verschiedener kommunistischer Zeitungen, Mitglied der illegalen Inlandsleitung der KPD, 1934-1945 Zuchthaushaft, nach 1945 u. a. Präsident der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung und Stellvertretender Vorsitzender der DWK, 1949/52 Minister für Außenhandel und Materialversorgung bzw. für Innerdeutschen und Außenhandel, 1953-1959 StS im MfAA. Vgl. „Kaderakte“ und Nachlaß G. Handke, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/11/V 145 und NY 4128/1-5.

37 L. Zuckermann (1908-1983), jüdischer Herkunft, 1927 KPD, 1932 Dr. jur., 1933 Emigration Frankreich, Spanien, 1941-1947 Exil in Mexiko, 1947 SED, ZK-Abteilung Staatliche Verwaltung, 1949 StS und Chef der Präsidialkanzlei von Pieck, November 1950 Demission unter dem Druck der Überprüfung von Westemigranten und jüdischer Kommunisten, Dezember 1952 Flucht in die BRD und Übersiedlung nach Mexiko. Vgl. Wer war Wer in der DDR, S. 829.

38 Vgl. Sekretariatssitzung am 12. April 1949 und Bildung einer außenpolitischen Kommission beim PV der SED vom 23. April 1949, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/3/19 und NY 4072/211.

39 Sekretariatssitzung vom 12. April 1949, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/3/19.

den.⁴⁰ Mitglieder dieser Kommission wurden die SED-Funktionäre Kurt Hager⁴¹ als Vorsitzender, Anton Ackermann⁴², Fred Oelßner⁴³, Joseph Winternitz, Hans Teubner, Karl Fugger, Heinz Hoffmann und Rudolf Dölling⁴⁴. Zu ihren Pflichten gehörte in erster Linie das Konzipieren und Erstellen von Propaganda- und Agitationsmaterialien für das „Verbreiten des Moskauer- und SED-Standpunktes in allen Fragen, die das Deutschlandproblem“ betrafen.

Die Tätigkeit des DDR-Geheimdienstes war zu einem erheblichen Teil auf den Westen Deutschlands ausgerichtet. Die SED schuf sich mit dem Ministerium für Staatssicherheit ihr wichtigstes Instrument zur Überwachung der ostdeutschen Bevölkerung und zur Unterdrückung jeder Form innerer Opposition. Seine weiteren Kernaufgaben waren die einer politischen Geheimpolizei, eines Spionageabwehr- und Auslandsnachrichtendienstes und eines strafprozessualen Untersuchungsorgans. Das Ministerium für Staatssicherheit wurde offiziell am 8. Februar 1950 durch ein Gesetz der Volkskammer gegründet. Dem ging am 24. Januar 1950 der entsprechende Beschluß des SED-Politbüros voraus.⁴⁵

Eigentliche Schöpfer des MfS waren die sowjetischen Sicherheitsorgane (NKWD; militärische Spionageabwehr „Smersch“), die nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone in der Deutschen Zentralverwaltung des Inneren (August 1946) eine politische Polizei, als Teil der Kriminalpolizei – bezeichnet als K 5 – schufen. Die Einheiten der K 5 fungierten in erster Linie als Hilfsorgane der sowjetischen Staatssicherheitsgremien in der SBZ. Sie waren eine absolute Domäne der kommunistischen Kaderpolitik. Auf Initiative von Walter Ulbricht und Erich Mielke (Vizepräsident der DVdI) sowie mit Zustimmung der KPdSU-Führung löste man im Mai 1949 den K 5 - Bereich aus der Kriminalpolizei heraus und schuf sich einen eigenständigen Apparat, der im Februar 1950 den Grundstock des MfS bildete. In das Staatssicherheitsministerium gingen

40 Vgl. PB-Sitzung vom 12. September 1949, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/3/52; Erich *Woitinas*, S. 67 f.

41 K. Hager (1912), 1930 KPD, journalistische Tätigkeit, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg (Mitarbeit Radio Madrid), Exil in England, 1946 Rückkehr nach Deutschland. Vgl. *Wer war Wer in der DDR*, S. 265 f.

42 A. Ackermann (1905-1973), hochrangiger kommunistischer Funktionär, 1926 KPD, 1928-1933 in Moskau, Mitarbeiter in der KI, Mitglied des ZK der KPD, 1935-1940 Paris, Mitglied des vorbereitenden Ausschusses für eine Deutsche Volksfront, ab 1940 in Moskau, 1945 Leiter der „Gruppe Ackermann“, Mitglied des ZS und des PV der SED. Vgl. „Kaderakte“ A. Ackermann, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/11/V 1370.

43 F. Oelßner (1903-1977), 1920 KPD, 1926-1932 zur Parteischulung in Moskau, propagandistisch tätig, Emigration nach Prag, Paris, ab 1935 in Moskau, 1945 als Mitglied der Gruppe „Ackermann“ nach Berlin zurück, Aufbau der ZK-Abteilung Agitation und Propaganda, Mitglied des ZS und des PB der SED; galt bis 1958 als Chefideologe der SED. Vgl. „Kaderakte“ F. Oelßner, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/11/V 2562.

44 Vgl. die biographischen Daten der Funktionäre in: *Wer war Wer in der DDR*, S. 798 f., 731, 205, 317 f., 140.

45 Vgl. Jens *Gieseke*, S. 3, 9.

auch Geheimstrukturen des SED-Parteiparates (der Grenzapparat/Abteilung Verkehr, der Nachrichten- und Abwehrapparat) ein. Ihr „Westnetz“ bildete mit die Basis für die Auslandsspionage der DDR.⁴⁶ Wilhelm Zaisser wurde als Minister für Staatssicherheit berufen. Erich Mielke fungierte als Staatssekretär und Stellvertreter Zaisers.

Für den Bereich der „Aufklärung“, als geheimdienstliches Angriffsziel jener Zeit galten West-Berlin und Westdeutschland, wurde auf Beschluß der SED-Parteiführung am 16. August 1951 der „Außenpolitische Nachrichtendienst (APN)“ gegründet, der getarnt als „Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ unter unmittelbarer Anleitung sowjetischer Geheimdienstoffiziere seine Arbeit aufnahm. Die Leitung des APN lag in den Händen von Anton Ackermann, Kandidat des SED-Politbüros und Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Zu den aktivsten Mitarbeitern zählte damals neben Richard Stahlmann⁴⁷ bereits Markus Wolf⁴⁸.

Das MfS hatte bis 1953 (noch) nichts mit dem Außenpolitischen Nachrichtendienst zu tun. Er wurde erst im September 1953 als Hauptabteilung XV (ab November 1955 Hauptverwaltung Aufklärung – HV A) in das Staatssicherheitsministerium eingegliedert.⁴⁹

Da es beim DDR-Geheimdienst von Anfang an eine nicht zu trennende Einheit zwischen „Abwehr-“ und „Aufklärungsarbeit“ gegeben hatte, war die Westarbeit („Arbeit im Operationsgebiet“) eine Gesamtaufgabe des MfS. Angesichts der ungewissen Zukunft der deutsch-deutschen Staatlichkeit, der bis 1961 offenen Grenze und der vielfältigen Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschen war es naheliegend, innere und äußere Arbeit als Gesamtaufgabe zu begreifen und sie aus einem einheitlichen Apparat zu betreiben.⁵⁰

46 Vgl. ebenda, S. 7 ff.; Michael Kubina, „Was in dem einen Teil ...“, S. 446-482.

47 R. Stahlmann, eigentlich Artur Illner (1891-1974), 1919 KPD, Leitung des militär-politischen Apparates der KPD, 1924-1925 Geheimdienstausbildung in der UdSSR, illegale Einsätze in Frankreich, China usw., Mitarbeiter der KI, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, seit 1940 in illegaler KPD-Auslandsleitung in Stockholm, 1946 Rückkehr nach Deutschland, Aufbau des Polizei- und KPD/SED-Abwehrapparates, 1953-1958 stellvertretender Leiter der HV Aufklärung. Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 68.

48 M. Wolf (Jahrgang 1923), mit seiner Familie seit 1934 in sowjetischer Emigration, 1942 KPD, 1945-1949 Mitarbeiter beim Berliner Rundfunk, seit 1951 Mitarbeiter im APN, seit 1953 Leiter der HA XV (ab 1956 HV A) im MfS. Vgl. ebenda, S. 77 f.

49 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Ordinäre Abwehr – elitäre Aufklärung?, S. 17 f.

50 Vgl. Hubertus Knabe, S. 7 f. Nach Abschluß der Aufbauphase (1952) verfügte das MfS über 14 Abteilungen, darunter eine Abteilung II: Arbeit in Westdeutschland. Aber auch die Mehrzahl der anderen Abteilungen – wie Abteilung IV Spionageabwehr, Abteilung V Politischer Untergrund, Parteien, Kirchen oder Abteilung VII Festnahmen/Observation – waren in die Westarbeit eingebunden. Vgl. Jens Gieseke, S. 11 f.

B. Deutscher Volksrat und Nationale Front

Der am 18. März 1948 auf dem 2. Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden „gewählte“ Erste Deutsche Volksrat hatte an seine Spitze ein Präsidium mit 20 Mitgliedern gestellt. Wilhelm Pieck (SED), Wilhelm Külz (LDP) und Otto Nuschke (CDU) bildeten den Vorstand des Präsidiums. Für die laufende Arbeit der Volkskongreßbewegung und des Deutschen Volksrates sowie zur Koordinierung der Arbeit der Ausschüsse mußte ein Sekretariat eingerichtet werden. Wilhelm Pieck schlug auf einer außerordentlichen Sitzung des SED-Zentralsekretariats am 18. März 1948 der Parität entsprechend Walter Ulbricht und Erich W. Gniffke als Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrates vor. Gniffke wehrte sich gegen eine Kopplung mit Ulbricht mit den Hinweisen, sein paritätischer Partner wäre erstens Dahlem und zweitens gäbe es bei der Leitung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) auch keine Parität mehr.⁵¹ Er wäre damit einverstanden, den Vorsitz des Sekretariats allein zu übernehmen. So wurde Gniffke als Mitverantwortlicher für die Westarbeit im SED-Zentralsekretariat alleiniger Vorsitzender des Sekretariats des Ersten Deutschen Volksrates.⁵² Nach Gniffkes Flucht in die westlichen Besatzungszonen im Oktober 1948 übernahm zum Ende des Jahres der „Altkommunist“, langjährige Reichstagsabgeordnete und nach 1945 sächsischen SED-Landesvorsitzender Wilhelm Koenen⁵³ das Amt des Sekretariatsvorsitzenden.

Wilhelm Koenen hatte damals ein Alter von 62 Jahren. Eine parteiinterne Einschätzung zu Beginn der fünfziger Jahre charakterisierte Wilhelm Koenen als „guten Verhandlungspartner“, der bemüht war, immer die Linie der Partei durchzusetzen. „Im Umgang mit den Menschen ist er entgegenkommend, kameradschaftlich.“⁵⁴ Wilhelm Koenen hatte dann auch den Vorsitz des Sekretariats des Zweiten Deutschen Volksrates, „gewählt“ auf dem 3. Volkskongreß am 18. März 1949, inne. Mit der Umbildung der Volkskongreßbewegung zur Nationalen Front wurde er im Februar 1950 Präsi-

51 Der Kommunist Heinrich Rau hatte 1948/49 den alleinigen Vorsitz der DWK. Vgl. Wolfgang Zank, S. 265, 282.

52 Vgl. Erich W. Gniffke, S. 298 ff.; Manfred Koch, S. 356.

53 W. Koenen (1886-1963), 1903 SPD, seit 1920 KPD, 1919 bis 1932 Abgeordneter der Nationalversammlung, dann des Deutschen Reichstages, bis 1933 auch im Preußischen Landtag, Mitglied des ZK der KPD, 1933 von den Nationalsozialisten als Mitbrandstifter im Reichstagsbrandprozeß verfolgt, Koenen floh nach Frankreich, später in die CSR; in Paris organisierte er mit Ulbricht und Dahlem die deutsche Volksfrontbewegung, 1938 Emigration nach Großbritannien; in London Kontakt zu sozialdemokratischen Emigranten, z. B. zu Erich Ollenhauer und Fritz Heine, 1940 bis 1942 interniert in Großbritannien und Kanada, 1945 Rückkehr nach Deutschland, Mitglied des SED-Parteivorstands. Vgl. Erinnerungsbericht W. Koenen, in: SAPMO-BA SgY 0493; „Kaderakte“ W. Koenen, in: ebenda DY 30 IV 2/11/V 225 und Nachlaß W. Koenen, in: ebenda NY 4074/25 und 31.

54 In: „Kaderakte“ W. Koenen, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/11/V 225.

umsmitglied des Nationalrats der Nationalen Front und bis Anfang 1953 Vorsitzender im Büro des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front.⁵⁵

Im Vorfeld der Berufung von Wilhelm Koenen zum Leiter des Büros des Präsidiums des Nationalrates muß es eine Diskussion der Politbürospitze (Wilhelm Pieck) bei Semjonow um seine Person gegeben haben. Pieck notierte am 24. Dezember 1949: „Leitung des Nationalrats der Nat.[ionalen] Front stärkere Kraft als W. Koenen“.⁵⁶ Und dreieinhalb Wochen später, am 18. Januar 1950, wieder nach einer Besprechung zwischen Pieck und Semjonow, hielt der SED-Funktionär fest: „Leitung Nationalrat der Nat.[ionalen] Front des demokr.[atischen] Deutschland aktiver Genosse Bernhard Koenen.“⁵⁷ Vermutlich war die sowjetische Führung mit der Besetzung der Spitzenposition im Nationalrat durch Wilhelm Koenen nicht einverstanden und schlug deshalb dessen drei Jahre jüngeren Bruder Bernhard vor. Bernhard Koenen hatte eine ähnliche politische Entwicklung wie sein Bruder genommen.⁵⁸ Jedoch mit dem einen bedeutenden Unterschied: Seine Parteikarriere hatte als einzige Emigrationsstation von 1933 bis 1945 die UdSSR aufzuweisen. Da störte es die sowjetischen Funktionäre nicht, daß Bernhard Koenen zwischen 1937 und 1939 zwei Mal vom sowjetischen Sicherheitsdienst NKWD in Moskau verhaftet worden war.⁵⁹ „Westemigranten“ waren den Sowjets verdächtiger. Trotz dieses Makels der Westemigration wurde Wilhelm Koenen Leiter des Büros des Sekretariats des Nationalrates. Diese Position verlor Koenen im Mai 1953. Säuberungen in der SED-Parteispitze⁶⁰ und eine überzogene Agentenhysterie im Zusammenhang mit den „Westemigranten“ in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre waren sicher auch Gründe für die Absetzung von Wilhelm Koenen. In seiner „Kaderakte“ fanden sich für Mai 1953 Notizen, die aus Meldungen westdeutscher Zeitungen stammten. Danach soll sich der Vorsitzende des Sekretariats der Nationalen Front Wilhelm Koenen seit Januar 1953 unter Aufsicht des Staatssicherheitsdienstes im Volkspolizei-Krankenhaus in der Berliner Scharnhorststraße aufgehalten haben. Die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission der SED beschuldigte ihn, „durch Überschreitung und ei-

55 Am 3. Februar 1950 konstituierte sich in Berlin als repräsentatives zentrales Organ der Nationalen Front ein „Nationalrat“. Dem Nationalrat gehörten anfangs 65 Mitglieder aus den Parteien und Massenorganisationen an. Beim Nationalrat wurde ein Sekretariat, nach August 1950 ein Büro des Präsidiums, gebildet. Vgl. So funktionierte die DDR, Bd. 2, S. 723, 731.

56 Piecks Notizen der Besprechung mit Semjonow, in: SAPMO-BA NY 4036/736/Bl. 19.

57 Ebenda, Bl. 31.

58 B. Koenen (1889-1964), 1907 SPD, 1917 USPD und 1920 KPD, Redakteur verschiedener KPD-Zeitungen, 1922-33 Mitglied des Landtags der Provinz Sachsen und 1924-1929 des Preußischen Staatsrats, 1933 nach Moskau, u. a. Lehrer an einer Komintern-Schule, 1943 Mitglied des ZK der KPD und Arbeit als Lehrer in Antifa-Kursen für deutsche Kriegsgefangene, nach 1945 u. a. 1. Sekretär der SED-Landesleitung in Sachsen-Anhalt, Mitglied des Deutschen Volksrates und der Volkskammer, dann Botschafter in der CSR. Vgl. Wer war Wer in der DDR, S. 390.

59 Vgl. Hermann *Weber*, „Weiße Flecken“ in der Geschichte, S. 102.

60 Auch im Mai 1953 schaltete Ulbricht seinen schärfsten Gegenspieler Franz Dahlem aus; im Juli 1953 wurden Zaisser und Herrstadt aus allen Positionen entfernt und im Januar 1954 folgten Anton Ackermann, Hans Jendretzky und Elli Schmidt. Vgl. Hermann *Weber*, DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1990, S. 55.